

# PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

— Nachdruck verboten —

Man bezieht vom  
Buchhandel, von der Post und

Berlin, den 1. Januar 1919

direkt vom Verlage  
für 6.— Mk. vierteljährlich.

## Bankbeamte.

Die Bestrebungen der Bankangestellten, ihre Lohnverhältnisse zu bessern, hatten während des Krieges teilweise zu Erfolgen geführt. Aber vielfach war doch der Vorteil, den die Angestellten durch die Reklamation vom Kriegsdienst genossen, ihnen auf ihre Gehaltsforderungen von den Bankdirektoren angerechnet worden. Und wo das nicht geschah, da ließen die Bankleiter es oft bei der Gewährung von Forderungen an diejenigen Formen fehlen, ohne die selbst die errungene Zulage Verärgerung zurückläßt. Es ist ja überhaupt eine dem Sozialpolitiker nicht unbekante Tatsache, daß die Unternehmer sich psychisch vollkommen anders gegenüber den Gehaltsbestrebungen von kaufmännischen Angestellten verhalten als gegenüber Lohnbewegungen gewerblicher Arbeiter. Selbst wo die Berechtigung der Angestelltenforderung anerkannt und wo verhandelt wird, mischt sich ein leiser Unterton von Beleidigtsein in die Verhandlungsart der Unternehmer. Das liegt vor allem daran, daß der Arbeitgeber sich noch immer nicht daran gewöhnt hat, auch den Angestellten als gewerkschaftlich organisiert anzusehen. Es ist viel mehr wohl die Auffassung, daß es sich für einen kaufmännischen Angestellten nicht schicke, sich mit anderen zum „Komplott“ zu verbinden. Der Tüchtige stärke dadurch den Untüchtigen und werde von ihm hinabgezogen. Der Tüchtige, der bei individueller Behandlung es viel weiter bringen könne und in dem der Unternehmer bis zu einem gewissen Grade einen Teil seines eigenen Ich sieht.

Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem kaufmännischen Angestellten und dem Arbeiter nicht unwesentliche Unterschiede bestehen. Und es lohnt sich durchaus, ernsthaft die Frage zu erwägen, ob eine gewerkschaftliche Organisation der kaufmännischen Angestellten überhaupt möglich ist. Das deutsche Gewerkschaftswesen enthält eine

geistige und eine materielle Komponente. Die materielle liegt am klarsten zutage und ist allen unseren Gewerkschaftsrichtungen gleichmäßig eigen: Die Gewerkschaft bildet ein Kartell der Ware Arbeitskraft. Die kartellierten Arbeiter wollen der Unterbietung entgegenarbeiten. Sie wollen ihre Ware, die einzige, über die sie verfügen, so teuer wie möglich verkaufen. Die rein materielle Seite erschöpft sich also in den Lohnfragen. Daß dieser Kampf großer Arbeitermassen um die Verbesserung ihrer Existenz daneben von wesentlichen ethischen, sozialen und kulturellen Folgen begleitet sind, die weit über das materielle hinausreichen, soll hier zunächst einmal ganz außer Betracht gelassen werden. Die geistige Komponente der Gewerkschaftsbewegung beruht auf ihrer sozialistischen Grundtendenz und zeigt sich am deutlichsten bei all denjenigen Gewerkschaften, die — an sich politisch neutral, aber doch — meist von sozialdemokratischen Führern verwaltet sind. Für diese Gewerkschaften ist im höheren Sinn des Sozialismus der Lohnkampf nur Mittel zum Zweck, zur Erreichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung: „Die Quelle allen Wohlstandes ist die Arbeit. In der kapitalistischen Gesellschaft kann produktive Arbeit nur geleistet werden, wenn die Arbeit sich dem Kapital vermählt. Das eigentliche Kapital, die Produktionsinstrumente (Maschinen, Gebäude), befindet sich im Besitz derjenigen, die durch eigenen Besitz oder Kredit sich die Mittel zu seiner Anschaffung besorgen können. Diese Kapitalisten können mit dem Kapital allein gar nichts anfangen. Es muß befruchtet werden durch die Arbeit. Diejenigen, die diese Arbeit leisten, — die Lohnarbeiter, Proletarier — haben keinen Anteil am Kapital, sondern müssen dem Kapitalisten ihre Arbeitskraft verkaufen, um leben zu können. Sie erhalten eine Entlohnung, die der Hervorbringung einer bestimmten Güter-

menge entsprechen würde. Sie müssen sich aber dem Kapitalisten, von dem sie durch ihre Lebensnot abhängig werden, verpflichten, länger zu arbeiten, als die Zeit ausmacht, die gesellschaftlich für die Herstellung derjenigen Gütermenge notwendig wäre, für die sie wirklich entlohnt werden. Sie produzieren also für den Kapitalisten ein Mehr an Werten, als sie bezahlt bekommen. Und dieser „Mehrwert“ ist es, aus dem der Kapitalist seinen Reichtum zieht.“ Daß diese von Karl Marx aufgestellte Theorie von der Wissenschaft vielfach bestritten wird, kommt hier nicht in Betracht. Hier ist nur der Umstand von Wichtigkeit, daß im Lichte dieser Theorie jede Lohn-erhöhung, die die Gewerkschaft erringt, nichts als ein Abschlag auf das ist, was der Arbeiter in Zukunft einmal bezahlt bekommen soll, damit die Ungerechtigkeit ausgeglichen werde, die aus dem privaten Besitz sachlicher Produktionsmittel resultiert. Diese Ungerechtigkeit wird dann ausgeglichen sein, wenn dem Unternehmer nichts weiter aus dem gemeinschaftlichen Betrieb verbleibt, als eine Verzinsung seines Kapitals, die gleichzeitig eine Risikoprämie enthält und ein Unternehmerlohn, der seiner geistigen und körperlichen Leistung für das Gesamtunternehmen entspricht.

Nun fragt es sich, ob diese sozialistische Motivierung der höheren Lohnforderung auch für den nicht in der Gütererzeugung, sondern im Handel angestellten Arbeiter — den Angestellten — überhaupt zutrifft. Die Theorie des Mehrwertes ist eng an die Güterproduktion geknüpft. Für den Handel, für den Vertrieb, für die Verwaltung von Gütern und Werten trifft sie kaum zu. Um ein ganz krasses Beispiel zu wählen: In einem Zimmerchen im ersten Stock eines amerikanischen Geschäftshauses sitzt ein Mann, dessen ganzer Betrieb in einer Schreibmaschine und der dazu gehörigen Stenotypistin besteht. Er beschäftigt sich mit großen, die Welt umspannenden Spekulationsplänen, schafft Werte von Bombay nach London, von London nach Petersburg, sucht die Möglichkeiten von Wechselkursausgleichungen zwischen Buenos Aires und Zürich und verdient durch seinen Spürsinn, seine Geschicklichkeit und sein Rechengeschick viele Millionen Dollar im Jahr. Hat an seinen Verdiensten seine Stenotypistin auch nur den geringsten Anteil? Sicher nicht. Ebensovienig wie das sehr ehrenwerte Fräulein, das in seinem Stenogramm, die Diktate eines Romanschriftstellers, eines wissenschaftlichen Forschers, eines großen Arztes oder eines großen Rechtsanwalts aufnimmt. Nun ändert sich das zu einem gewissen Grade, wenn man den Großbetrieb der Industrie oder des Handels oder des Bankwesens zugrunde legt. Eine Bank z. B. läßt sich gar nicht bloß mit einem Kopf betreiben. Die

Organisation ist notwendig und eine umfassende Organisation kann nicht betrieben werden ohne die Arbeit vieler Hände. Es muß also auch hier Kapital und Arbeit sich zusammenschließen. Und man wird aus der bloßen Notwendigkeit der Arbeit auch die Berechtigung eines Gewinnanteils ableiten können. Aber im besten Fall doch nur eines Anteils. Und die — wenn man so sagen darf — normale Quote des Anteils läßt sich nicht ziffermäßig berechnen, weil die Begründung und Errechnung durch den Mehrwert wegfällt.

Dadurch zeigt sich schon, daß die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten sich mit wesentlich anderen Endzielen begnügen muß als die der Arbeiter. Es fragt sich sogar, ob der jetzt in der Revolution vielfach vorhandene Zustand, daß der Handarbeiter relativ höher bezahlt wird als der Angestellte, nicht sogar im Wesen der sozialistischen Theorie wohlbegründet ist. Denn wenn man sich z. B. eine Rationalisierung im Sinne der russischen Bolschewisten vorstellt, würde dort die Arbeit eines großen Teiles der Angestellten als überflüssig fortfallen, weil der weitverzweigte spekulative Vertrieb von Gütern aufhören müßte. Und wo Verteilung und Vertrieb als Angestelltenleistung notwendig bleiben, würde nur die geistige Arbeit ganz weniger erlesener Angestellter — der disponierenden — mehr wert sein als die der Handarbeiter. Dagegen ist die Arbeit des durchschnittlichen Handelsangestellten der Arbeit der Arbeiter im Lichte dieser Anschauung nicht gleichzusetzen. Denn die Arbeiter produzieren die Güter, ohne die die Gesellschaft nicht existieren kann.

Die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten wird deshalb (ganz abgesehen davon, daß der einzelne Angestellte aus Ueberzeugung natürlich Sozialist sein kann) sich lediglich als Lohnkartell organisieren können.

Auch dagegen wird von Unternehmern und auch von einzelnen Angestellten selbst geltend gemacht: Der Angestellte sei verschiedenen Lohnes wert. Die Leistungen der einzelnen seien vollkommen verschieden. Der eine könne zum Procuristen, Direktor und Chef aufsteigen, der andere nicht. Der eine verdiene Vertrauen, dem anderen könne man die Erledigung von Geldangelegenheiten oder von solchen Dingen nicht überlassen, die ein besonderes Pflichtgefühl verlangen. Und je nachdem stuft sich das Gehalt ab. Das ist natürlich richtig. Wenn man will, trifft das bis zum gewissen Grade auch auf den Arbeiter zu: Die Verschiedenartigkeit der Akfordlöhne zeigt ja oft sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Arbeitspersonen. Aber bei alledem sind doch die Arbeiter eine homogene Masse, deren Arbeitsgrundlagen gleich sind. Diese Grundlagen

lassen sich für alle gemeinsam auch durch Kollektivabkommen festsetzen, selbst wenn der einzelne später als Vorarbeiter, als Meister, als Faktor oder als sonstiger Vorgesetzter über den Durchschnitt hinausgehoben wird. Jedoch wenn man diese Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten anerkennt, so darf man doch nicht die großen Ähnlichkeiten übersehen, die die großbetrieblichen Entwicklungen im Laufe der letzten Jahrzehnte in der Angestelltenenschaft, besonders im Bankgewerbe, geschaffen haben. Notwendigkeit und Möglichkeit der Arbeitergewerkschaft hat sich doch auch erst durch die Konzentration der Arbeit in den großen Betrieben ergeben. Ähnlich ist es im Handelsgewerbe. Auch hier ist allmählich (und wiederum ganz besonders im Bankgewerbe) die Arbeitsteilung aufs feinste durchgeführt worden, dadurch wurde der Angestellte fungibilisiert. In den großen Bankbuchhaltereien, Effekten-, Wechsel- und Devisenbureaus der großen Banken ist der erhebliche Teil der Angestellten zum fungiblen Element geworden. Er braucht kaum noch etwas gelernt zu haben. Ob Schulze oder Müller ein Kontorrent oder eine Strazze führen, ist höchst gleichgültig. Und wenn es noch eines Beweises für die Richtigkeit dieser Auffassung bedürft hätte, so scheint er zur Genüge dadurch erbracht, daß während des Krieges ein großer Teil der Arbeit der „Beamten“ durch ungelernte Frauenarbeit ersetzt werden konnte. In ihrer wirklich manchmal auffällig ungeschickten Art haben einzelne Bankdirektoren bei Gehaltsverhandlungen den Angestellten gesagt, daß, wenn Schlosser und andere Arbeiter besser als sie bezahlt würden, das sich ganz natürlich daraus erkläre, daß ihre Arbeit doch eigentlich entbehrlich sei. Durch diesen Hinweis haben die Bankdirektoren selbst den Angestellten die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Bewegung nachgewiesen. Denn sobald eine Angestelltenarbeit auswechselbar, sobald sie fungibel geworden ist, wächst die Konkurrenz ins Uebermaß und damit auch die Allmacht des Arbeitgebers über die Arbeit des einzelnen Angestellten. Dann aber ist das Kartell der Angestellten vonnöten und wird geradezu zu einer Pflicht der Selbsthilfe.

Damit sind die Möglichkeiten und Methoden gewerkschaftlicher Organisationen im Bankgewerbe geradezu gegeben. Die Angestellten müssen sich gegen den übermäßigen Lohndruck durch Festlegung von Mindestgehältern schützen, sie werden außerdem das Bestreben haben, bei der Festsetzung von Lohnbestimmungen durch ihre Ausschüsse mitzuwirken. Sie werden versuchen, übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft durch Verlängerung der Arbeitszeit hintanzu-

halten. Sie werden Skalen für die Gehaltsaufbesserung festsetzen, kurzum diese Angestelltenarbeiterbewegung wird im Grunde genommen der Beamtenbewegung immer ähnlich sein. Diese Ähnlichkeit zeigt sich besonders darin, daß jede Angestelltenbewegung auch dazu kommen wird, von einer gewissen Anstellungsbauer ab Erschwerung der Entlassung, eventuell Mitwirkung der Ausschüsse bei der Entlassung zu erstreben.

Tatsächlich bewegen sich ja auch die vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten in den ersten Revolutionstagen gestellten Forderungen (in eine Kritik der Einzelheiten will ich hier nicht eintreten) lediglich auf dem bezeichneten Gebiet. Der Verband hat immer eine sehr radikale Sprache geführt, wird von Sozialisten geleitet, die mindestens gefühlsmäßig sogar dem unabhängigen Flügel der Sozialdemokratie nahestehen, und ist im Prinzip seiner Forderungen doch mächtig und zurückhaltend geblieben, mögen die geforderten Bissen im einzelnen auch etwas hoch hinausgreifen. Eine Gefahr besteht nun für jede Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Angestellten. Diese Gefahr ist im Bankgewerbe etwas geringer als sonst im Handel. Sie liegt in den vielen kleinen Betrieben und der dort herrschenden stärkeren Individualisierung. Die kleinen Betriebe zeigen ein anderes Verhältnis der Angestellten zum Chef. Sie zeigen auch ein stärkeres Fluktuiere zwischen Angestellter sein und Chef sein. Der Angestellte ist sich hier viel weniger bewußt, daß sein Schicksal dem des Arbeiters gleich. Der Tarifvertrag zwischen eigentlichen Arbeitern und Arbeitgebern kann auch die Verhältnisse im kleinen Produktionsbetrieb ordnen. Der Angestelltenvertrag kann das nicht. Dadurch ist die Zahl der Elemente, die mindestens geistig dem Organisationsgedanken und der Organisationsidee fernbleiben, bei den Angestellten sehr groß. Und damit ist auch von vornherein die Gefahr z. B. des Streikbruchs — bei Lohnkämpfen in den größeren Betrieben — hier in verstärktem Maß gegeben. Deshalb fragt es sich, ob die gewerkschaftliche Taktik der Angestellten die gleiche sein kann wie die der Arbeiter.

Meines Erachtens nicht. Die Gewerkschaft muß sich natürlich bemühen, soviel wie möglich Mitglieder heranzuziehen. Will sie hier Vollkommenes leisten, so muß sie auch diejenigen für die Organisation interessieren, denen sie nichts bieten kann, die ihr dagegen schon durch das moralische Gewicht ihres Beitritts eine bedeutende Unterstützung zu verleihen vermögen. Die Angestelltenorganisationen sollten daher noch viel stärker, als sie es manchmal freilich schon tun, betonen, daß

sie das Gehaltswejen nicht nivellieren wollen. Sowohl Beamten- als Angestelltenbewegungen machen in ihren Anfängen den menschlich begreiflichen Fehler, daß sie den Reiz organisieren. Sie richten manchmal ihr Interesse viel weniger darauf, denen, die wenig haben, mehr zu verschaffen, als sich darum zu kümmern, wer nach ihrer Auffassung zuviel Gehalt bezieht. Charakteristisch ist nach dieser Richtung hin das Verhalten der unorganisierten Mitglieder der Betriebsräte einiger Großunternehmungen gewesen, die ihre Tätigkeit damit begannen, Herabsetzung der Gehälter der Direktoren und Prokuristen in Erwägung zu ziehen. Das bedeutet natürlich zunächst Abschreckung all derjenigen von der Organisation, die emporgekommen sind oder emporzukommen hoffen. Es bedeutet aber zugleich auch insofern einen Schaden für die Unterschichten der Organisierten, als sie sich selbst große Lebenschancen verschütten helfen. Dies Bestreben hängt wohl damit zusammen, daß namentlich in den Großbetrieben sich immer eine Reihe von Menschen zurückgesetzt fühlen, und daß der Angestellte ebenso wie der Beamte die Neigung zeigt, die Arbeit der anderen, namentlich aber die Leistung der geistig Arbeitenden zu unterschätzen. Im Bankgewerbe besonders reizt zu solcher Betrachtung allerdings die außerordentlich große Differenz zwischen den Gehältern der Direktoren und denen der niederen Angestellten. Sie brauchte zweifellos nicht so groß zu sein wie sie ist. Aber andererseits muß bei verständiger Erwägung doch zugegeben werden, daß der Unterschied zwischen der Arbeitsleistung eines spekulativ veranlagten und alleseitig gebildeten Bankdirektors und der eines Kontokorrentbuchhalters, gemessen an dem Nutzen für das Unternehmen, ganz außerordentlich groß ist. Es darf ferner nicht vergessen werden, daß kaufmännisch führende Persönlichkeiten Seltenheitswert besitzen. Zahlt doch immerhin auch die bolschewistische Räterepublik in Rußland einzelnen Persönlichkeiten jährlich 100 000 Rubel Unternehmerlohn.

Bedingt schon der eben gezeigte Unterschied zwischen Angestelltenchaft und Arbeiterchaft einen notwendigen Unterschied in der Taktik der Gewerkschaftsbewegung, so kommt hier noch ein zweiter Punkt in Betracht: Die Schwierigkeit, die gesamte Angestelltenchaft zu vereinigen, verlangt eine sehr vorsichtige Taktik gegenüber dem Unternehmertum. Streiks sind sehr schwer durchzuführen. Und eine Organisation, die Leistung für die ihr angeschlossenen erstrebt, wird nie darum herumkommen, mit den Unternehmern nach Möglichkeit Fühlung zu nehmen und zu behalten und durch freiwillige Zugeständnisse

der Unternehmerschaft in ihren Zielen vorwärtszukommen. Deshalb ist auch der Streit, den der Allgemeine Bankbeamten-Verband mit dem Deutschen Bankbeamten-Verein führt, meines Erachtens ungerechtfertigt. Der Vorwurf, eine gelbe Gewerkschaft zu sein, kann gerechterweise dem Deutschen Bankbeamten-Verein nicht gemacht werden. Er hat nur in richtiger Erkenntnis seiner Situation vorsichtig gehandelt, indem er die friedlichen Verhandlungen, die ihm der Bankerbund anbot, annahm. Und er hat durch diese Taktik so viel für die Angestellten erreicht, daß man ihm wirklich keine Vorwürfe machen sollte. Dabei ist das Verdienst des Allgemeinen Verbandes gar nicht zu bestreiten. Er hat zu einem Teil die Erfolge des Deutschen Bankbeamten-Vereins miterungen. Denn ein radikaler Flügel, auf dessen scharfe Forderungen man hinweisen kann, ist für jeden Gewerkschaftsführer bei Verhandlungen nur von Nutzen. Aber der Allgemeine Verband sollte nicht vergessen, daß die Verhältnisse der Revolutionstage auch wieder verschwinden, und daß hinterher die getrennte Angestelltenbewegung nicht nur den Bankbeamten, sondern vor allem ihm selbst sehr gefährlich werden kann. Denn was er von seinen Versprechungen jetzt nicht verwirklicht, wird er später nicht verwirklichen können, und es wird ihm sogar nicht einmal gelingen, die jetzigen Errungenschaften zu behaupten, wenn die Bewegungen getrennt bleiben. Deshalb sollten die beiden Bankbeamten-Verbände im beiderseitigen Interesse und im Interesse der Bankangestellten jetzt die Streitart begraben und die sehr günstigen Verhältnisse benutzen, um sich zu verschmelzen.

Das kann auch den Arbeitgebern im Bankgewerbe nur recht sein. Sie werden sich mit der Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung der Bankangestellten abfinden müssen. Und es wird sogar einmal der Tag kommen, wo sie darüber froh sein werden. Der radikale Verband, der dem Deutschen Bankbeamten-Verein den Vorwurf der „Wirtschaftsfriedlichkeit“ macht, hat selbst in dem Brief, den er an die Bankleiter gerichtet hat, sehr verständig geschrieben: „Indem wir Ihnen in dieser Weise die Wünsche des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten übermitteln, sind wir uns bewusst, daß den Rechten der Angestellten auch Pflichten der Angestellten den Instituten gegenüber entsprechen.“ Er ist also bereit, wie es auch der Deutsche Bankbeamten-Verein getan hat, neben der reinen Angestelltenpolitik eine Bankgewerbepolitik zu treiben. Die darin liegende Unterstützung sollten die Arbeitgeber im Bankgewerbe besonders schnell annehmen. Sie könnten sie einmal sehr nötig haben.

1918.

Ein Rück- und Ausblick.

Von Hans Goslar.

Ein Jahr ging zu Ende, das für Deutschland den Abschluß einer Entwicklung bedeutet, die in verhältnismäßig kurzer Zeit zuwege gebracht hat, daß all das auf Spiel gesetzt und zum großen Teile auch eingebüßt wurde, was die Generation vor uns seit der Reichsgründung und wir selbst in zäher, mühsamer initiativreicher Arbeit aufgebaut hatten. Es wird jetzt darüber gestritten, ob sich nicht unsere ganze bisherige Entwicklung im einigen Deutschland in falschen Bahnen bewegt, ob nicht die einseitig realistische Art der Wirtschaftsführung, das ausschließliche Ideal der möglichst hohen Dividende und Rentabilität die großen wirtschaftspolitischen Gedanken und Ideengänge zum Schaden unserer Geltung in der Welt und unserer Auswirkungsmöglichkeiten zu Dienern am Ziele des Geldmachens herabgedrückt habe. Wie dem aber auch sei; die nahezu 50 Jahre deutscher Arbeit im neuen Reiche hatten uns aus einem nicht übermäßig wohlhabenden halb ländlichen Binnenstaate zu einem innig in das Gewebe des Weltwirtschaftsverkehrs verstrickten reichen Industrie- und Handelsstaat gemacht, dessen Kaufleute, Fabrikanten und Wissenschaftler miteinander wetteiferten, um dem deutschen Namen, der deutschen Handelsflagge und dem deutschen Fabrikat zu immer größerem Ansehen unter fernem und fernsten Himmelsstrichen zu verhelfen. Aber während so aus dem überwiegend agrarisch fundierten Staatswesen ein modernes neues Wirtschaftsgebilde hervorgewachsen war, hatte die politische Entwicklung nicht Schritt mit dieser Aufwärtsbewegung gehalten. Die immer mächtiger sich redenden und dehnenen Glieder des Wirtschafts- und Industrieriesen umschloß noch immer der auf kleinere Dimensionen des Körpers zugeschnittene Panzer einer engherzigen und antiquierten Verfassung, die in die Hände einer Kaste, die längst nicht mehr die ausschlaggebende beim Werke der Arbeit für das Volksganze war, eine Machtvollkommenheit legte, die über das Geschick der gesamten Nation entscheiden konnte. In den schwersten Stunden, die über Deutschland hereingebrochen waren, brach diese Verfassung entzwei, zeigte es sich, daß ein großes Volk seine Weltgeltung nur dann behalten kann, wenn es seine ganze Aktivität nicht lediglich im Wirtschaften entläßt, sondern, wenn es sich auch dazu entschließt, die Führung seiner politischen Geschäfte in die eigene Hand zu nehmen.

Heute stehen wir vor einem Trümmerhaufen. Das Chaos regiert die Stunde. Wenn trotzdem ein Teil der Geschäfte weitergeht, und nach außen hin manches aussieht, als habe es sich nicht verändert, so ist das mehr dem Gesetze der Trägheit und Beharrlichkeit zuzuschreiben, als es ein Symptom dafür ist, daß die Arbeit des Wiederaufbaus bereits begonnen hat. Bis vor wenigen Monaten stand

die gesamte Industrie in angespanntester Sättigkeit. Alle Gewerbebezüge, die es verstanden hatten, sich für die Fabrikation von Heeresbedarf umzustellen, arbeiteten fieberhaft, um die gewaltigen Mengen an Rüstungsmaterial herzustellen, die das Heer dauernd verlangte. Dachte man an die Zukunft, so nahm man im allgemeinen an, daß ein Friede errungen würde, der zum mindesten einer Remis-Partie gleichkomme und der uns gestatten werde, auf dem Friedenskongreß unsere Trümpfe: Belgien, Nordfrankreich, Kurland, Litauen, Serbien, so auszuspielen, daß man unsere Forderungen auf sofortigen Abbau der Blockade, auf Freigabe der Schiffahrt und auf alsbaldige Versorgung mit preiswerten Rohstoffen und Lebensmitteln anerkennen und ihnen willfahren müsse. An den Handelskriege nach dem Kriege wollte man nicht so recht glauben, man führte immer wieder dagegen als Argument an, daß schließlich der englische, der französische und der Kolonialkaufmann doch die Ware dorthin beziehen werde, woher er sie am besten und billigsten bekäme.

Es kam anders: Der furchtbare militärische und politische Zusammenbruch hat unsere weltpolitische und wirtschaftliche Situation von Grund auf verändert. Aus dem starken Deutschen Reich, dessen einstiger Beherrscher verlangte, daß draußen in der Welt keine Entscheidungen mehr gefällt werden sollten, ohne daß Deutschlands Kaiser sein gewichtiges Wort in die Wagschale werfe, ist ein in schweren Zuckungen sich windender, blutleerer Organismus geworden, ein Staatsgebilde, dessen zukünftige Grenzen sich noch nicht einmal bestimmen lassen, und das zu ohnmächtig ist, um sich gegen die polnischen Wölfe zur Wehr zu setzen, die unter gierigem Geheul Stücke deutsch-polnischen und deutschen Landes und wertvolle Hafenstädte von ihm loszureißen sich ansetzen. Elsaß-Lothringen scheint unwiederbringlich verloren, trotz aller Proteste einer mindestens im Elsaß urdeutschen Bevölkerung, verloren ein Gebiet, dessen Erz- und Kalischatze, dessen reiche landwirtschaftliche Produktion das Reich nunmehr wird entbehren müssen. Unendlich große Mengen an Bodenschätzen, an Kohle und Erz, an Holz und Blei hat uns dieser Krieg gekostet. Die produktive Arbeit haben wir Jahre lang zurückgestellt, um Material zu fabrizieren, das in Form von Granaten und Schrapnell in die Lüste gepufft, als Heeresgerät zerbeult und zer schlagen wurde. Unterhalb Millionen unserer kräftigsten Männer deckt der grüne Rasen, Hunderttausende sind verkrüppelt und kommen für die Wirtschaft als Mitarbeiter nicht mehr in Betracht. Das Volk ist in den Städten zermürbt, unterernährt, die öffentliche Moral und die Geschäftsmoral in grauenhaftem Maße korrumpiert. Und bei alledem winkt uns keine Kriegsentschädi-

gung, können wir nicht Teile der Lasten, die uns zu erdrücken scheinen, auf feindliche Schultern abwälzen, wie es manche Kreise noch vor kurzem träumten, sondern uns, einem ausgepöberten und niedergebroschenen Volke, will man noch schwere finanzielle Bürden oder Fronarbeiten für die anderen aufhalsen.

Hierzu kommt die bange Sorge: Können wir überhaupt in absehbarer Zeit wieder arbeiten? Wird nicht etwa England, das ja aus der Zeit der Kontinental Sperre in dieser Praxis Erfahrung hat, uns sagen: „Wozu braucht ihr Rohstoffe? Wir liefern euch Fertigfabrikate. Wir liefern euch z. B. fertige Stoffe, um eure Bevölkerung zu bekleiden, was wollt ihr noch mehr?“ Und dann wird uns vielleicht England mit billigen Fabrikaten über-schwemmen, nach denen der Konsument gierig greift, während der Fabrikant sich keinen anderen Rat weiß, als seine Fabrik zu schließen und die Arbeiter nach Hause zu schicken. Und selbst in dem günstigsten Falle, wenn wir Rohstoffe bekommen, um sie für uns zu verarbeiten und um einen Teil von ihnen als Halb- oder Fertigfabrikate wieder auszuführen, sind wir dann konkurrenzfähig? Wir, die mit einer um mehr als die Hälfte entwerteten Valuta einkaufen und mit phantastischen Löhnen und Materialpreisen fabrizieren? Wie aber sollen wir die Löhne auf erträgliche Stufen herabdrücken, wenn die Kosten der Lebenshaltung weiter steigen und in kurzen Zwischenräumen deshalb immer neue Lohnforderungen zur Paralytierung der neuen Verteuerung der Lebensmittel und Verbrauchsgüter erhoben werden? Oder sollen wir die Rohstoffe mit Hilfe ausländischer Kredite beschaffen, in einer Zeit, wo holländische Banken uns die Kredite kündigen und Schweizerische Institute sich weigern, die Einziehung fälliger deutscher Zinsscheine zu übernehmen?

Alle diese Fragen recken sich drohend jetzt am Jahreschlusse vor uns auf, müssen im neuen Jahre gelöst werden, soll nicht das Wirrwarr in Permanenz erklärt und der Untergang der bis in die Grundfesten erschütterten deutschen Wirtschaft festgelegt werden. Was tut da vor allem not? Max Weber hat die Forderung des Tages vor kurzem in die Worte gegossen: „Wir müssen Klarheit in den Köpfen schaffen!“ Nichts scheint mir in der Tat notwendiger, kein Postulat unerlässlicher als Grundlage einer allmählich anzubahnenenden Besserung, als daß wir die in den Köpfen der Massen, der heute politisch so aktiven Massen herrschende entsetzliche Begriffsverwirrung in wirtschaftlichen Dingen durch eine vernunftgemäße Einsicht in die ökonomischen Zusammenhänge zu ersetzen suchen. Nichts wäre gefährlicher und verderblicher, als wenn wir aus Liebedienerei gegen diese Massen ihnen sagen wollten: „Ihr seid jetzt politisch mündig, habt Euch eure Rechte in vier-einhalbjährigem Ausharren an der Front erkämpft. Ihr seid damit auch reif, um die Wirtschaftsmaschinerie antreiben und in Gang halten zu

können!“ Denn so liegen die Dinge doch keineswegs.

Die krasse Wirklichkeit zeigt, daß in den Arbeitermassen heute die Tendenz vorherrscht, die Revolution im wesentlichen zu einem Lohnproblem zu gestalten. Bei weitem nicht in allen Kreisen der sozialistisch geschulten Arbeiterschaft ist man sich noch darüber klar, daß es bei diesem Umsturz doch im letzten Grunde um geistige Dinge, um politische und Menschheitsfragen ging. Daß ein System, das sich auf Kastenvorrechte und die bewaffnete Macht stützte, durch ein anderes, im Volke fester verankertes, daß ein Regime des Säbelklirrens und weltpolitischer Unzulänglichkeit ersetzt werden sollte durch die Herrschaft in sich geschlossener und gefestigter Ideen, auf der Basis friedlicher und freiheitlicher Weltanschauung. Daß, um es zusammenfassend zu sagen, das deutsche Volk sich die Regierungsform geben sollte, die einem großen, friedefliebenden, wirtschaftlich und kulturell hochentwickelten Volke im zwanzigsten Jahrhundert die Führung seiner politischen Geschäfte in dem Sinne verbürgte, in dem sie der überwiegende Teil seiner werktätigen und intellektuellen Elemente besorgt haben wollte. All das ist heute in den Hintergrund getreten: Die Masse der Arbeiter, die vielerorts schon den Gewerkschaften im Lande das Steuerruder aus der Hand gewunden hat, will sichtbare, greifbare Erfolge der Revolution, „ihrer“ Revolution, sehen und verlangt sie in Gestalt von Löhnen, die in ihrer Höhe die Wertung der Handarbeit, wie sie der Arbeiter seiner Mitwirkung am Produktionsprozeß beimißt, zum Ausdruck bringen sollen. So kam es denn, und so erleben wir es täglich weiter, daß heute die Arbeiter im Bergbau erhöhte Löhne fordern, daß die Zechen, der Verband die Kohlenpreise erhöht, daß die mit Kohlen arbeitenden Betriebe diesen Zuschlag plus den Lohnerhöhungen ihrer Arbeiter auf den Preis ihrer Halbfabrikate schlagen, daß der gleiche Prozeß sich fortsetzt bei der Preisbemessung für die Fertigfabrikate, schließlich bei ihrem Uebergang auf den Groß- und weiter in den Detailhandel. Und daß schließlich der Konsument erschreckt vor Preisen steht, die ihn, wenn er nicht das Pech hat Geistesarbeiter oder Beamter zu sein, sogleich veranlassen, neue Lohnerhöhungen zu fordern, um zum Mindesten den bisherigen standard of life aufrechterhalten zu können. Das ist also die „Schlange, die sich in den Schwanz beißt“ oder die „Schraube ohne Ende“.

Und weiter: Selbst die phantastischen Löhne vermögen noch nicht einmal den Anreiz zur Arbeit so zu verstärken, daß das Heer der Arbeitslosen sich wieder ans Werk begibt. In Berlin haben wir 400 000 Arbeitslose und zugleich fehlen im nicht weitentfernten Braunkohlenrevier 100 000 Arbeiter, geht die Steinkohlenförderung ständig zurück, fehlt es hier und dort an kräftig zupackenden Händen. Ein asozialer Geist, eine Geminnung, die es vielfach nicht versteht oder verstehen will, daß sich

der einzelne, soll das Ganze nicht leiden, als dienendes Glied einfügen muß, entsteht und wächst. Der aus dem Felde zurückkehrende Arbeiter fühlte sich ja vor ganz kurzer Zeit noch zumeist als „Proletarier“ wie er es im alten Deutschland war: dritt-klassig, ohne starke innere Verbundenheit mit dem Staatswohl. Und er dachte noch zu wenig als Bürger, der er doch auch als Arbeiter ist, als Bürger, für den es heißt, daß auch sein Schicksal untrennbar verknüpft ist mit dem des Landes. Der Uebergang von diesem Stadium zu dem des „soberänen Volkes“ war zu sprunghaft, kam zu schnell, als daß in der kurzen Spanne Zeit, die seit der Umwälzung verfloßen ist, nun schon auch das starke Verantwortlichkeitsgefühl des Einzelnen für die Gesamtheit fest Wurzeln schlagen konnte. Kam zu schnell, als daß jetzt, wo eine lange entrechtete Kaste an die Oberfläche emporgestiegen ist, sie nicht zuerst ihre Geschäfte besorgen und darüber die allgemeinen großen Fragen in den Hintergrund treten lassen sollte.

Klarheit in den Köpfen! Klarheit schaffen darüber, daß auch der Arbeiter Bürger ist und seine Existenzmöglichkeit nur in einer gesunden und nicht durch brutale und unsachverständige Eingriffe zerstörten Volkswirtschaft liegt. Darüber ferner, daß

auch er an niedrigen Preisen interessiert ist, und daß es mit einer über das wirtschaftlich normale Maß hinausgehenden erzwungenen Lohnerhöhung so ist wie mit der „bösen Sat“, daß sie nämlich fortzeugend neue Uebel, d. h. neue Lohn- und Preiserhöhungen erzeugen muß, die auch ihn schließlich belasten und das gesamte Preisniveau auf eine Höhe treiben, das uns ausschalten muß aus der Reihe der auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähigen Völker. Klarheit auch darüber, daß sich auch noch so notwendige wirtschaftliche Entwicklungen nicht mit Versammlungsresolutionen oder Maschinengewehren erzwingen lassen, sondern aus organischem Wachstum heranreifen müssen. Jahrzehntelang haben unsere Arbeiterführer den Massen gesagt, daß sie politisch reif und mündig seien. Der Augenblick ist gekommen, der letzte, wo der Beweis angetreten werden kann. Hämmert wirtschaftliche Einsicht und Vernunft in die Köpfe, ihr Führer, weckt das Verantwortlichkeitsgefühl, schafft Klarheit, — oder ihr steht in Kürze mit den Massen, die ihr einer besseren Zukunft, einem freien, glücklichen Leben entgegenführen wolltet, vor dem Abgrunde, der uns alle verschlingt. Den Bourgeois, wie die, die glaubten, ihm die Zügel aus der Hand nehmen zu müssen, um den Wagen auf die gesicherte Straße zu führen.

## Technische Mängel des Bankschecks.

Von Prof. Dr. Rudolf Kaulla,

Dozent an der Kgl. Techn. Hochschule in Stuttgart.

Noch wertvoller als sonst wäre es angebracht der gegenwärtigen Notenshamsterei, wenn es gelänge, den Bedarf an Zahlungsmitteln durch größere Verbreitung des Scheckverkehrs zu verringern. Freilich könnte man wohl verzagen, wenn man sieht, daß trotz der eindringlichen Aufklärungsarbeit, mit der sich die berufensten Sachverständigen nun schon seit vielen Jahren abmühen, und trotz aller Unterstützung, die längst auch die Presse dieser Arbeit leistet, die Ausbreitung der bargeldlosen Zahlweise, insbesondere des Scheckverkehrs, in Deutschland noch immer so viel zu wünschen übrigläßt, wie dies tatsächlich der Fall ist. Man müßte an der Einsicht des Publikums verzweifeln, das sich den immer und immer wieder geschilderten volkswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Vorteilen des Scheckverkehrs dergestalt verschließt, wenn sich keine andere Erklärung für jene verhältnismäßige Rückständigkeit finden ließe als solche Verständnislosigkeit.

Ein nicht unwesentliches Hemmnis für die erstrebte Ausbreitung des Scheckverkehrs dürfte aber in gewissen, zwar kleinen, jedoch recht fühlbaren Mängeln der Technik des Scheckverkehrs liegen, auf die im folgenden hingewiesen sein möge und die damit zusammenhängen, daß, wie mir scheint, der Umstand bisher unbeachtet geblieben ist, daß die Anforderungen, die der praktische Gebrauch an das Scheckformular zu stellen hat, keineswegs die

gleichen sind, wenn es sich darum handelt, auf einem kaufmännischen Bureau einen Scheck auszustellen oder sich seiner im sonstigen Zahlungsverkehr, für persönliche Ausgaben, insbesondere solchen des Haushaltes zu bedienen. Das herkömmliche Scheckformular hat sich aus den Bedürfnissen des Verkehrs von Kaufmann zu Kaufmann ergeben und entspricht diesen Bedürfnissen. Für den Gebrauch außerhalb des kaufmännischen Bureaus, insbesondere in der Hand von Nichtkaufleuten, kommen aber etwas andere Gesichtspunkte in Betracht, ohne deren Berücksichtigung nicht wird darauf gerechnet werden können, den Scheck für diesen Gebrauch beliebter zu machen. Gerade die geringe Verbreitung des Schecks für diesen Gebrauch ist es aber, um die es sich bei den Klagen, das Publikum bediene sich der bargeldlosen Zahlweise noch lange nicht in genügendem Umfange, in erster Linie handelt.

Soweit bei der neuzeitlichen Entwicklung des Banküberweisungs- und Postüberweisungsverkehrs für den Bankscheck noch Raum ist, wird von diesem sicherlich im großen ganzen stets, wo es vorteilhaft ist, auch wirklich Gebrauch gemacht werden, soweit sein Gebrauch in der Hand von Leuten liegt, die hierbei nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten verfahren. Seine Vorzüge setzen sich in diesem Fall ganz von selbst durch. Außerhalb des kaufmännischen Bureaus kommt aber der kaufmännische

Gesichtspunkt des geschäftlichen Vorteils im allgemeinen nur weniger, wenn überhaupt zur Geltung. Das Streben nach Gewinn ist hier vielmehr gemildert oder ganz aufgehoben nicht nur durch geschäftliche Gleichgültigkeit oder Ungewandtheit des Nichtkaufmanns, sondern außerdem dadurch, daß auch der Geschäftsmann außerhalb seines Büreaus sich von anderen Rücksichten bestimmen läßt als durch seinen geldlichen Vorteil; für den vorliegenden Fall kommt namentlich die persönliche Bequemlichkeit in Betracht. Ich wage die Behauptung, daß es auch unter den Vorkämpfern des Scheckverkehrs herzlich wenige geben wird, die von dieser Zahlungsweise im Alltagsverkehr — notabene außerhalb ihres Büreaus! — in nennenswertem Umfang Gebrauch machen.

Geradezu ein Hindernis für eine weitgehende Verwendung des Schecks außerhalb des Geschäftsbüreaus ist ein Format, wie es in Deutschland von den Banken ausgegeben zu werden pflegt. Man war von Haus aus gewohnt, den Scheck auf einen Bogen von annähernd derselben Größe zu setzen, die sich für den Wechsel im Laufe der Zeit eingebürgert hatte, und dies ist auch jetzt noch immer die Regel, wengleich festgestellt werden darf, daß eine Reihe von Banken schon seit einiger Zeit auch kleinere Formate benützen. Für den Wechsel ist diese übliche Größe durchaus angemessen. Denn nicht nur die Vorderseite muß außer dem Text noch Platz für gegebenenfalls eine größere Zahl von Unterschriften haben, sondern insbesondere die Rückseite muß groß genug sein, um eine oft sehr beträchtliche Zahl von Indossamenten aufzunehmen. Die Tratte ist ein Kreditinstrument, das seiner Bestimmung nach geeignet sein muß, durch eine Reihe von Händen zu gehen. Es ist also durchaus richtig und zweckentsprechend, daß bei der Wahl des Formulars auf die Möglichkeit eines großen Umlaufs und etner langen Reihe von Girierungen Rücksicht genommen ist. Beim Scheck ist eine gleiche Rücksicht aber durchaus überflüssig. Zwar ist rechtlich und tatsächlich die Möglichkeit gegeben, ihn durch eine größere Zahl von Händen umlaufen zu lassen; aber diese Umlaufsfähigkeit wird in der Praxis doch nur in verhältnismäßig sehr geringem Maße ausgenützt. Ein Bedürfnis nach größerer Ausnützung tritt auch gar nicht hervor, und zudem setzt die Begrenzung der Vorlegungsfrist auf zehn Tage, nach deren Ablauf der Scheck seine besonderen Eigenschaften als Scheck verliert, der Ausnützungsmöglichkeit eine enge Schranke.

Das verhältnismäßig große Format des Wechsels ist für den Scheck tatsächlich nur dann bequem, wenn er auf dem Bureau benützt wird, also für den Geschäftsscheck, wie man kurz sagen mag. Für den Scheck, der auch außerhalb des Büreaus zur Hand sein muß — man mag ihn um seines Zweckes willen als Privatscheck bezeichnen, in ähnlichem Sinn, wie der Kaufmann ein „Privatkonto“ führt — ist dieses Format aber ein Hindernis, weil es viel zu groß ist, als

daß man sich entschließen oder es sich gar zur Gewohnheit machen könnte, das Scheckbuch stets in der Tasche zu tragen, um es zum gelegentlichen Gebrauch bei Einkäufen, auf der Reise usw. immer gleich bei sich zu haben. Für den Privatscheck kann das Format sozusagen gar nicht klein genug sein, wenn es nur hinreicht, um auf der Vorderseite den Text mit Datum und Unterschrift bequem aufzunehmen; beim Scheckbuch kommt zu den Blättern noch der „Salon“, den es sich übrigens bei einem sehr kleinen Format vielleicht empfehlen würde, nicht wie üblich an der kurzen, sondern an der langen Seite der Blätter anzubringen.

Wenn sonach die stereotype Behauptung, es sei bequem, sich eines Scheckbuchs zu bedienen, für den Privatscheck tatsächlich unrichtig ist, so ist der nicht minder übliche Hinweis darauf, der Gebrauch eines Scheckbuchs schütze eher vor Verlusten als die Aufbewahrung und das Herumtragen baren Geldes, nur mit Einschränkungen zutreffend. Denn daß ein Scheck, wenn er in unrechte Hände kommt, betrügerisch mißbraucht werden kann, und daß es sich alsdann um die Möglichkeit sehr viel größerer Verluste handelt als um Beträge, wie man sie im allgemeinen bei sich trägt, lehrt die Kriminalgeschichte zur Genüge.

Nun gibt es freilich das bekannte Mittel, diese Gefahr so gut wie völlig auszuschalten: Man schreibt den Vermerk „nur zur Verrechnung“ quer über den Scheck und erreicht dadurch, daß der Betrag des Schecks von seiten der bezogenen Bank nicht bar ausbezahlt, sondern nur eben auf dem Weg der Verrechnung übertragen werden darf. Ein solcher Scheck kann also nur von jemand verwertet werden, dessen Persönlichkeit einer Bank bekannt ist oder doch, bei hinreichender Sorgfalt, bekannt sein sollte. Das englische Scheckrecht bedient sich zu demselben Sicherungszweck des „Kreuzens“ des Schecks, das bewirkt, daß dieser nur an einen Bankier ausbezahlt werden darf. Während jedoch in England das Bankscheckbuch, das der Bankkunde bei sich trägt, lediglich solche gekreuzte und zwar von vornherein mit einem entsprechenden Vermerk bedruckte Schecks zu enthalten pflegt, ist es die Gepflogenheit der deutschen Banken, Verrechnungsschecks (sofern solche Vordrucke überhaupt bei ihnen vorrätig sind) nur demjenigen auszuhändigen, der solche eigens verlangt; dieses Verlangen wird aber im großen ganzen nur wenig geäußert — zahllose Bankkunden wissen ja gar nicht, daß es so etwas überhaupt gibt oder denken wenigstens nicht daran. Diejenigen Bankscheckbücher, die gewöhnlich in Benutzung sind, enthalten den Verrechnungsvermerk also nicht, und das Publikum ist von seiten der Banken auch gar nicht dazu erzogen, sich dieses Vermerks zu bedienen.

Dieses Verfahren der Banken verkennt den eigentlichen Zweck des Scheckverkehrs. Denn dieser Zweck besteht in der Vermeidung der Barzahlung. Nur wenn ein Scheck durch Verrechnung beglichen wird, nicht aber wenn der Scheckinhaber ihn sich



bar auszahlen läßt, wird dieser Zweck erfüllt. Durch die vorzugsweise Ausgabe von Scheckbüchern ohne Verrechnungsvermerk wird das Publikum lediglich verleitet, mit solchen Schecks auch Leute zu bezahlen, die selbst kein Bankkonto besitzen und die also, wenn sie den Scheck nicht zufällig gerade weiterbegeben können, durch die Annahme des Schecks gezwungen sind, den ihnen geschuldeten Betrag auf der Bankkasse abzuholen, während sie ein Recht darauf hätten, daß er ihnen von ihrem Schuldner gebracht würde. Anstatt den Scheckverkehr zu fördern, dient dieses Verfahren eher dazu, ihn in weiten Kreisen kleiner Geschäftskente unbeliebt zu machen. Dem Publikum Scheckbücher ohne den vorgedruckten Verrechnungsvermerk auszubändigen, ist höchst zweckwidrig, wenn es sich darum handelt, den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu fördern.

Die Gefahr, die es mit sich bringt, einen Bankscheck der gewöhnlichen Art, also ohne Verrechnungsvermerk, zu benutzen, ist dadurch noch vermehrt, daß diese üblichen Bankschecks auf den Inhaber lauten und überdies noch die ausdrückliche Ankündigung zu tragen pflegen, daß die Inhaberklausel nicht gestrichen werden darf, widrigenfalls die Einlösung des Schecks abgelehnt werde. Die Inhaberklausel ist aber gerade deshalb und nur deshalb nötig, weil die Verrechnungsklausel fehlt. Wenn das Geld auf den Scheck nicht auf dem Weg der Verrechnung eingezogen wird, sondern an der Kasse bar erhoben werden soll, wäre es freilich eine praktisch ganz unmögliche Zumutung an die Banken, wenn sie stets prüfen und dafür einstehen müßten, daß es der rechtmäßige Besitzer des Schecks ist, dem sie die Summe auszahlen. Wenn ein Scheck dagegen den Verrechnungsvermerk trägt, so ist die Inhaberklausel als Schutz für die Bank ohne weiteres entbehrlich. Denn bei Verrechnung ist ja der bezogene Bank die Gegenpartei bekannt, die ihr den Scheck präsentiert. Die Inhaberklausel ist somit nur die Folge jener bedauerlichen Gepflogenheit der Banken, ihren Scheckverkehr auf Barzahlung einzustellen, anstatt ganz grundsätzlich in erster Linie auf Verrechnung. Mit Recht tragen denn auch die vorgedruckten Verrechnungsschecks, die von den Banken auf besonderen Wunsch ausgestellt werden, insbesondere die seit einigen Jahren vielfach eingeführten Postkartenschecks, nicht die Inhaberklausel, sondern die diesem Sachverhalt weit angemessenere Orderklausel. Eine weitere Forderung, die an das Formular des Privatschecks zu stellen ist, ist somit die grundsätzliche Vermeidung der Inhaberklausel.

Fällt die Inhaberklausel, so werden weiterhin diejenigen Sicherungen überflüssig, die auf solche Gefahren zugeschnitten sind, die wiederum nur die Folge gerade dieser Klausel sind. Überflüssig wird daher die Zahlenreihe, die in senkrechter Anordnung auf der rechten Seite des Schecks angebracht zu werden pflegt und die den Zweck hat, durch Ausstreichen oder Abschneiden derjenigen

Zahlen, die den Scheckbetrag übersteigen, eine Verfälschung dieses Betrages in eine höhere Ziffer unmöglich zu machen. Beim Inhaberscheck ein sehr zweckmäßiges Verfahren, ist es beim Orderscheck mit Verrechnungsklausel ohne ersichtliche Bedeutung; tatsächlich pflegt denn auch auf den vorgedruckten Verrechnungsschecks (Postkartenschecks) der Banken jene Zahlenreihe zu fehlen. Auf ihre Verwendung beim Privatscheck kann aber nicht nur, sondern sollte allgemein verzichtet werden. Denn bei einem Scheck, der nicht am Schreibtisch, sondern beim Einkauf in Ladengeschäften, auf der Reise usw. verwendet werden soll, ist schon das Durchstreichen mit Tinte — mit Bleistift würde es seinen Zweck verfehlen —, vollends aber das Abschneiden oder Abreißen etwas recht Unbequemes. Nebenbei wird durch das Wegfallen der Zahlenreihe etwas am Format gespart.

Die Inhaberklausel macht des ferneren eine besondere fortlaufende Kontrolle der ausgegebenen Scheckbücher notwendig, derart, daß jedes Scheckbuch und in ihm jedes Scheckblatt seine Nummer hat, an der die Bank beim Vorzeigen sofort zu erkennen vermag, wem es gehört: Ein immerhin wertvolles Mittel, um wenigstens auf die größten Betrugsversuche aufmerksam zu werden. Gegen gerissene Betrüger gewährt diese Kontrolle erfahrungsgemäß allerdings keinen unbedingten Schutz; aber nur um die allergeringsten kann es sich handeln, wenn mit einem Verrechnungsscheck Mißbrauch getrieben wird. Es gehört zu dieser Sicherung, daß die Banken die Gepflogenheit haben, sich von dem Kunden eine Bescheinigung über den Empfang eines Scheckbuchs geben zu lassen und ihn überdies durch eine auf dem Umschlag des Scheckbuchs vorgedruckte Warnung besonders auf die Gefahren hinzuweisen, die aus dem Mißbrauch eines Schecks durch unredliche Dritte entstehen können; in jener Bescheinigung hat der Kunde regelmäßig eine Erklärung zu unterfertigen, durch die er ausdrücklich anerkennt, daß ihm die im Scheckbuch enthaltenen Bestimmungen, also insbesondere jene Warnung und die Folgen einer etwaigen Verfehlung gegen sie bekannt sind. Dieses Verfahren ist von dem Standpunkt der Bank aus, die sich in jeder Weise sichern will, verständlich. Auf denjenigen Kunden, der kein gewandter Geschäftsmann ist, kann es aber schwerlich als eine Ermunterung zur Benützung von Scheckbüchern wirken, sondern muß ihn eher mißtrauisch machen, wenn ihm beim Empfang des Scheckbuchs, dessen Gebrauch ihm sonst als Gipfel der Bequemlichkeit und Gefährlosigkeit gepriesen wurde, eine so ängstlich anmutende Verwarnung zuteil wird und er seine eventuelle Haftpflicht eigens anerkennen muß. Auch von dieser Vorichtsmaßregel kann die Bank aber absehen, wenn sie durch den vorgedruckten Verrechnungsvermerk davor bewahrt ist, den Scheck auch jemand anderem auszahlen zu müssen als nur einer Person, mit der sie ohnehin in Verkehr steht.

Eine wirksame Begrenzung ihrer Gefahr vermag die Bank hingegen in sehr einfacher Weise dadurch zu erreichen, daß sie den Formularen von vornherein einen mäßigen Höchstbetrag aufdrückt, über den hinaus sie den Scheck nicht einlöst, z. B. „nicht über *ℳ* 1000.—!“, wie dies schon jetzt bei den Postkartenschecks üblich ist. Für den Kunden bedeutet diese Beschränkung gerade beim Privatscheck keine sonderliche Unbequemlichkeit, weil dieser doch nur sehr ausnahmsweise zu größeren Zahlungen dienen wird — so selten überhaupt Privatausgaben von über 1000 *ℳ* auf einmal gemacht werden müssen. Für größere Zahlungen möge der Kunde eben mehrere Scheckblätter ausschreiben, wenn er nicht vorzieht, sich solchenfalls der Ueberweisung zu bedienen.

Für den Privatscheck würde sich nach alledem ein Formular empfehlen, das neben dem einfachen Text eines Verrechnungsschecks mit Orderklausel lediglich den Vermerk „nicht über *ℳ* 1000.—!“ trägt. Solche kleine Blätter, nicht größer als gerade nötig, und zu einem dünnen Heftchen vereinigt, ließen sich bequem in der Tasche tragen, in die Brieftasche oder in die jetzt gebräuchliche Banknotentasche stecken oder in ein Notizbuch einheften. Dann, aber auch erst dann wäre man imstande, sich des Schecks zu bedienen, um vor

allem diejenigen Privatausgaben zu erledigen, für die Barzahlung üblich ist: Ausgaben in Gasthäusern, „Restaurants“, Klubs, Reisebureaus und dergleichen — vorausgesetzt natürlich, daß diese Zahlungsweise auch demjenigen recht ist, der die Zahlung entgegenzunehmen hat; also daß dieser den Zahlenden kennt oder sonstwie Grund hat, ihm zu trauen, und daß ihn die Rücksicht auf seinen eigenen Bedarf an barem Gelde bzw. Geldscheinen nicht nötigt, sich auch bares Geld statt nur Schecks geben zu lassen. Auch beim Einkauf in Läden wäre es denkbar, daß der Gebrauch des Schecks sich noch beträchtlich ausbreiten könnte. Denn die unmittelbare Hingabe eines Schecks hat vor der Banküberweisung den Vorzug, daß Schreibereien und Porti im Verkehr mit der Bank wegfallen; der Vorzug vor der Postüberweisung aber besteht darin, daß das zugrunde liegende Guthaben bis zur Verfügung verzinstlich bei der Bank statt auf dem unverzinstlichen Postscheckkonto steht. Soweit freilich die Ueberweisung bereits Eingang gefunden hat, entbehrt die Frage der Erleichterung des Scheckverkehrs eines erheblichen volkswirtschaftlichen Interesses; denn es kommt in erster Linie darauf an, die bargeldlose Zahlweise an und für sich zu fördern; die Frage, welches Mittel der bargeldlosen Zahlweise dabei verwendet wird, kommt volkswirtschaftlich erst in zweiter Linie.

## Revue der Presse.

Ueber die

### englische Kriegssteuern

berichtet die „Frankfurter Zeitung“ (22. Dezember), daß man in England schon sehr früh dazu übergegangen sei, einen möglichst großen Teil der Kriegslasten durch Erschließung neuer Steuerquellen zu decken. Die „Times“ haben über die vier letzten Finanzjahre eine Schätzung erwogen und dabei festgestellt, daß die nach 1914/15 liegenden vier Jahre an gezahlten bzw. auferlegten Steuern gegenüber den Einnahmequellen von 1914/15 ein Plus von ca. 1790 Mill. £ ergeben. Dabei sei besonders interessant, daß nicht weniger als 1600 Mill., also 89%, auf direkte und nur 190 Mill. auf indirekte Steuern entfallen. Die „Times“ schließen daraus, daß somit die „besitzenden“ Klassen eine bedeutende steuerliche Belastung übernommen hätten; es sei daher unrichtig, nach dem Vorgehen des Arbeiterführers Clynes, den Besitzenden Vorwürfe zu machen. — Nach amerikanischem Vorbilde scheint man, demselben Blatte (23. Dezember) zufolge, auch an eine

### Eisenbahnverstaatlichung in England

zu denken. Wenigstens hat eine Bemerkung des Ministers Winston Churchill, daß die englische Regierung auch die Verstaatlichung der Bahnen in ihr Programm aufnehme, am Londoner Markte gewaltiges Aufsehen erregt. Die Bedeutung dieses Marktes könne man daraus ersehen, daß die 18 größten

Eisenbahngesellschaften allein rund 1 Milliarde £ an Kapital enthalten, wovon die Hälfte etwa auf die Great Western, die London and North Western, die Midland und die North Eastern entfällt. Die enorme Summe ist fast vollständig im Inland aufgebracht worden, weshalb die Nationalisierung ausländische Kapitalinteressen nur wenig berühren würde. Für Großbritannien selbst würde in dieser Angelegenheit ein Geschäft von gewaltigen Dimensionen herauschauen. — Mit berechtigter Beforgnis macht in einem Leitartikel „Der Welthandel“ (20. Dezember) auf das drohende

### Geispenst der Unterproduktion

aufmerksam. Konnte man vorher von der schweren Krankheit einer Ueberproduktion reden, so drohe jetzt eine noch schwerere Krankheit: Die Unterproduktion. Sie bedeuten Schwinden des Volkvermögens und letzten Endes Schuldklaverei für das Ausland. Die Gründe für dieses kommende Elend liegen nicht nur in der Knappheit an Kohle und anderen Rohstoffen, an Transportmitteln, sondern vor allem in der nicht richtigen oder nicht möglichen Verteilung der Arbeitslosen dorthin, wo Arbeitermangel herrsche, und in den überspannten Lohnforderungen der Arbeiter, die zu einem Raubbau führen, der sich später selber an den Arbeitern rächen muß, da sie bei der stetig zunehmenden Teuerung alles selber teuer bezahlen müssen. Schließlich sei das eine Schraube ohne Ende. Das ge-

fährliche aber sei dabei der Umstand, daß, während bei uns alle Produkte immer höher im Preise steigen, deren Absatz im Auslande immer geringer werden müsse, zumal die amerikanische und englische Industrie bereits mit einem Abbau der Preise vorgeht. So schalten wir nacheinander unseren Wettbewerb mit der ausländischen Industrie aus und untergraben die Grundlagen unserer Industrie und die Zukunft unserer Arbeiterklasse. Sollte eine Lohnsklaverei für Rechnung des Auslandes das Gefolge dieser Unterproduktion sein, so hätten wir uns bei den Arbeitern wegen ihrer überspannten Lohnforderungen zu bedanken. — Interessante und sozial wichtige Ergebnisse aus der

### Reichswohnungszählung

teilt Regierungsrat Dr. Fritz Rathenau in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (25. Dezember) mit. Die auf Grund des Gesetzes vom 25. April 1918 veranstaltete Reichswohnungszählung ist jetzt u. a. im „Deutschen Reichsanzeiger“ im einzelnen veröffentlicht worden. In Frage kamen bewohnte und leerstehende Wohnungen in deutschen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern. Dabei ist unter Vermeidung der früheren Fehlerquellen ein umfassendes und zuverlässiges Material gegeben worden. Es fällt auf, eine wie große Zahl von Wohnungen in einzelnen Gemeinden nur aus einer Küche besteht, wobei für Berlin ein „erschreckender“ Zustand festgestellt wird (bei einem Wohnungsbestande von 604 006 nicht weniger als 20 927 mit nur einer Küche); danach folgen Neukölln, Köln, Charlottenburg, München u. a. Frühere Erhebungen haben angegeben, daß mehr als zwei Drittel aller Stadtwohnungen sogenannte Kleinwohnungen sind, (1—4 Wohnräume). Die neue Statistik übertrifft diese Feststellung, und besonders ungünstig steht wieder Berlin da (von 604 006 Wohnungen — 531 318: also 88% Kleinwohnungen!); Neukölln hat sogar deren 91%! Günstiger stehen dagegen da Hannover (45,7%), Darmstadt (55,3%) und Bonn (58,1%). Die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist natürlich jetzt von ganz besonderem Interesse, und da stellt sich leider heraus, daß die schlimmsten Befürchtungen beinahe übertroffen werden; denn der bisher angenommene Normalsatz von 3% gilt nur noch bei 65 von 89 Städten (auch für Berlin noch), während verschiedene andere Städte sich dem Nullpunkte nähern, u. a. stehen z. B. in Neukölln von 75 184 nur 500, d. h. 0,75% Wohnungen leer, Wie man, so meint Doktor Rathenau, angesichts dieser Ergebnisse das Vorhandensein eines Wohnungsmangels bestreiten könne, während tatsächlich bereits katastrophale Verhältnisse vorliegen, sei unerfindlich, und es müßte alles getan werden, um dem „Schrecken nach dem Kriege“ mit Entschlossenheit zu begegnen. — Es mehrten sich, wie die Frankfurter Zeitung“ (25. Dezember) schreibt, die Anzeichen, daß namentlich auf dem Lande gewissenlose Schwindler ihr Wesen treiben, um etne

Uebervorteilung bei Kriegsanleihe-Verkäufen zu erzielen, wobei die Revolution als willkommenen Vorwand benutzt wird. Trotz aller amtlichen Erklärungen wird den unerfahrenen Leuten immer wieder vorgeschwätzt, daß mit einer starken Entwertung, ja Wertlosigkeit der Kriegsanleihen zu rechnen sei und daß daher ein schneller Verkauf sich empfehle, selbstverständlich zu einem Preise, der einem Abschwindeln gleichkommt und die Besitzer arg schädigt, und zwar um 20 und noch mehr Prozent unter dem Kurse von 95%! Gegen diese Schwindler, die natürlich die Kriegsanleihe und die amtlichen Stellen in egoistischem Interesse diskreditieren, sollten die Behörden, namentlich auf dem Lande, energisch vorgehen und vor allem öffentlich die Bevölkerung entsprechend warnen und aufklären. — Ein interessantes Problem:

### Der Preis nach dem Kriege

hat in ausführlicher Begründung Professor Dr. Julius Hirsch (Köln) in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (zuletzt 23. Dezember) behandelt. Nach den preissteigernden stellt er die preisenkenden Momente zur Untersuchung, die natürlich für unser Volk von ganz besonderer Bedeutung sein müssen. Zunächst falle ein wichtiges Moment fort: Die Hoffnung auf künftige noch größere Knappheit. Ungefähr 35—40 Millionen Männer werden vom Heeresdienst wieder frei, ein größerer Transportraum wird mit der Zeit zur Verfügung stehen, dazu kommen die freierwerbenden riesigen Herden von Jungtieren und die wieder aufkommenden Futtermengen. Die vorübergehend steigenden Arbeitslöhne werden und müssen (!) wieder eine Senkung erfahren. Ein einziger unsicherer Kantonist sei die Menge der Zahlungsmittel und ihre Loslösung von produktiven Gegenwerten. Trotz aller günstigen Momente kommt jedoch Prof. Hirsch zu dem Schlussergebnis, daß bei der amtlichen Preisfestsetzung der nächsten Zeit Preisheraufsetzungen nur schwer zu vermeiden, Preisherabsetzungen zunächst kaum zu erwarten sein werden. Wo aber im freien Markte die Notmarktlage des Krieges eine bedeutende Rolle gespielt hat, da werde wohl eine starke Preisminderung mit Sicherheit eintreten. Alle anderen Hoffnungen müsse man auf den Abbau durch die Uebergangswirtschaft setzen. Wie man hieraus ersieht, ist danach die gegenwärtige Lage der Verbraucher nicht allzu tröstlich.

## Omschau.

**Sicherung der Kriegssteuer.** Man schreibt mir:

Nach der Verordnung vom 15. November 1918 haben die Aktiengesellschaften für die Kriegssteuerrücklage 80 v. H. des im 5. Kriegsgeschäftsjahre erzielten Mehrgewinnes einzustellen. Die Kriegssteuerrücklage für das Jahr 1917 betrug bekanntlich 60% des Mehrgewinnes. Die Mehrforderung von 20% gegenüber dieser Rücklage erscheint auf den ersten Blick nicht besonders einschneidend, in Wirklich-

keit ist sie es aber. Man vergegenwärtige sich nur einmal, dass für 1917 der Staat 60% und die Aktionäre 40% erhielten, während für 1918 der Staat 80% und die Aktionäre nur 20% des Mehrgewinnes erhalten. Das bedeutet, dass im Jahre 1917 die Rücklage das 1½fache desjenigen betrug, was die Aktionäre erhielten, während sie im Jahre 1918 das 4fache desjenigen beträgt, was die Aktionäre erhalten. — Ein Beispiel mag es veranschaulichen. Nehmen wir an, eine Aktiengesellschaft habe in den Friedensjahren einen Durchschnittsgewinn von M 200 000 erzielt. Sie habe im Jahre 1917 M 300 000 zur Ausschüttung gebracht. Um diese M 300 000 zu verteilen, bedurfte sie eines Gewinnes von M 450 000. Rechnen wir von diesem Betrag den Friedensgewinn von M 200 000 ab, so bleibt ein steuerpflichtiger Mehrgewinn von M 250 000, auf den eine Rücklage von 60% = M 150 000 zu bilden war. Diese Rücklage vom Gewinn von M 450 000 abgezogen, ergibt einen verteilbaren Reingewinn von M 300 000. Um nun für das Jahr 1918 den gleichen verteilbaren Reingewinn von M 300 000 zu erzielen, bedarf es aber eines Gewinnes von M 700 000. Nehmen wir hier das gleiche Exempel vor, nämlich ziehen wir den steuerfreien Friedensgewinn von M 200 000 ab, so verbleibt ein steuerpflichtiger Gewinn von M 500 000, auf den 80% Steuerrücklage = M 400 000 zu bilden sind. Diese Steuerrücklage, vom Gewinn von M 700 000 abgezogen, ergibt M 300 000 wie vorherrechnet. — Die 20% mehr Steuern erfordern also einen Mehrbetrag von M 250 000, um den sich der Gewinn erhöhen muss. Dass eine solche Steuerbelastung für die Aktiengesellschaften sich ausserordentlich durch Sinken der Dividende fühlbar machen muss, ist selbstverständlich.

### Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Herr Bankier Albert Adler - München schreibt mir: „In der letzten Nummer 51/52 des „Plutus“ lese ich eine Anregung des Herrn Koch-Remscheid zur Förderung der bargeldlosen Zahlungsweise. Dem Vorschlag, das Bild des Ausstellers auf dem Scheck anzubringen, kann ich keineswegs zustimmen; denn abgesehen von den technischen Schwierigkeiten wäre dieser Ausweg der weiteren Ausdehnung des Scheckverkehrs nur hinderlich. Eine von mir vertretene Ansicht, wie der sogen. „garantierte Scheck“ im praktischen Verkehr sich leicht einbürgern lässt, habe ich schon am 4. Dezember a. c. in den Münchner Neuesten Nachrichten eingehend erörtert und lasse den Textentwurf folgen. Vielleicht äussern sich noch andere Fachleute hierüber. „Herr N. unterhält bei der x x Bank ein Scheckkonto. Wie bisher üblich, erhält er auch in Zukunft ein Scheckheft, durch dessen Formulare er in einzelnen Beträgen über sein Guthaben verfügen kann. Neu ist lediglich, dass die Scheckblätter am Kopf mit einem Aufdruck versehen sind (den sie auch noch auf der Rückseite durch Stempel u. dgl. tragen können): „Zulässiger Höchstbetrag dieses Schecks ist . . . M. Bis zur Höhe dieses Betrages wird der vorliegende Scheck von der x x Bank unbedingt bezahlt.“ Die Summe wird nach den Vereinbarungen eingesetzt, die von der Bank mit ihrem Kunden je nach dessen voraussichtlichen Bedürfnissen und im Verhältnis zu seinem Guthaben von Fall zu Fall getroffen werden; die Schecks können also

Aufdrucke für 50 M, 100 M, 200 M oder jede andere Summe bekommen. Z. B. bei einem Guthaben von 5000 M: 50 St. à 100 M oder 20 St. à 50 M, 20 St. à 100 M und 10 St. à 200 M u. ähnl. Entstehen im Verlauf des Kontoverkehrs weitere Guthaben für den Kunden, so werden demselben auf weiteren Scheckformularen die entsprechenden Höchst-Verfügungssummen eingesetzt; dasselbe geschieht, wenn nach Ausschreibung aller abgestempelten Formulare durch den Kontoinhaber ein Restguthaben verbleibt. Ausgeschlossen wäre es, durch einen solcherart garantierten Scheck ohne vorhandenes Guthaben zu verfügen. Es gäbe deshalb zu einem Misstrauen irgendwelcher Art einem solchen Scheck gegenüber keinen Grund, also auch keinen, die Hereinnahme als sofortigen Bargeldersatz zu verweigern. Diesen Scheck könnte aber auch stets ein jeder seiner Bankverbindung einreichen und die Gutschrift könnte sofort erfolgen, das lästige, unangenehme „E. v.“ (Eingang vorbehalten) fielen fort. Auch die „korrespondierenden“ Firmen, die als Zahlstellen auf den Schecks angegeben sind, wären in der Lage, den Scheck sofort bei Vorzeigen zu honorieren, ohne dass erst, wie bisher üblich und nötig, festgestellt werden müsste, ob er „in Ordnung geht“; denn das ist beim begrenzten Scheck unzweifelhaft und ohne weiteres der Fall. Zins- und Zeitverluste, unnötige Schreibereien würden dadurch von selbst wegfallen, und eine schnellere, glattere Abwicklung der Geschäfte wäre die selbstverständliche und allgemeine Folge. Aber der neue gangbare Scheck würde nicht nur den Inhabern von Scheckkonten eine in jeder Beziehung angenehmere Art der Verfügung über ihre Guthaben ermöglichen, er könnte sogar, in Höhe der Scheckgrenze, d. i. eines runden Betrages, ausgeschrieben — wobei Unterschiede heraus- oder zubezahlt würden — häufig als Zahlungsmittel dienen, das längere Zeit im Umlauf bleiben kann. Einen besonderen Vorteil verspreche ich mir hiervon für den Geld- und Geschäftsverkehr auf dem flachen Lande und an kleineren Plätzen.“

### Moderne Organisation in Mittel- und Kleinbetrieben.

Herr Carl Redtmann schreibt mir: Das fabelhafte Wachsen unserer Grossbetriebe macht manchem Inhaber eines mittleren oder kleinen Geschäfts unangenehme Konkurrenz. Tausendarmig greifen diese Riesetriebe nach neuen Kunden und Erwerbsquellen. Teilweise verdanken sie ihre Fortschritte der Ausgabe grosser Summen für Reklame und teilweise — ja ich möchte sagen, fast in noch erhöhtem Masse — der Ausnutzung der neuzeitlichen Errungenschaften der Innenorganisation. Ist es da nicht erstaunlich, dass man unter den kleineren Geschäftsleuten noch so viele Anhänger veralteter Prinzipien findet? Hält man diesen Leuten dann vor, dass es fast Wahnsinn sei, dem Strome der Zeit nicht zu folgen, so bekommt man eine Reihe von Entschuldigungen zu hören, etwa wie folgt: „Zu Aenderungen gehört viel Geld und das habe ich nicht“, „Solche modernen Verbesserungen eignen sich nur für ganz grosse Betriebe“ usw. Es soll an dieser Stelle in gedrängtem Raume die Unhaltbarkeit solcher Entschuldigungen dargestellt werden. Zur Durchführung irgendwelcher geschäftlichen Verbesserungen gehört in erster Linie Arbeit und erst in

zweiter Geld. Es gibt Hunderte von nützlichen Verbesserungen, die sich lediglich durch Arbeitsleistung erbringen lassen. Selbst eine der wichtigsten Beschaffungen, die innig mit dem Wesen der ganzen Innenorganisation zusammenhängt, das Kartensystem, dessen Grundidee inzwischen hundertfache Anwendung gefunden hat, ist auch für den geringsten Geldbeutel erreichbar. Oft genügen ein paar Pappkästen und wenige tausend Karten, und der Rest ist Arbeit, Studieren usw. Ja, werden da wiederum einige einwenden, das muss aber doch erst verstanden sein, und so gross ist doch mein Geschäft nicht, dass ich mir extra Leute dazu anstelle. Auch das ist nicht stichhaltig. Die Zeit, die nämlich durch solche Kartensysteme erspart wird, ersetzt den Angestellten so viel Zeit, dass sie die Neuarbeit nebenher bequem erledigen können. Nur muss die Arbeit richtig gemacht werden und dazu heisst's „studieren“. Wir kommen hier zum ersten Prinzip der Büroorganisation, welches heisst: „Orientieren Sie sich.“ An der Hand guter Fachblätter kann sich heute fast jeder Geschäftsmann die zur Verbesserung seines Geschäfts nötigen Anregungen ganz allmählig und fast kostenlos sammeln. Solche Zeitschriften engagieren tüchtige Fachleute, die in schlichter Sprache und deutlich alles zur Erlernung einer guten Handhabung des Innenbetriebes niederschreiben. Man mache sich aus den Artikeln Auszüge, die für das betreffende Geschäft in Frage kommen, und notiere alles auf losen Karten, die man innerhalb eines Kastens alphabetisch oder je nach Bedarf anders geordnet aufstellt. Die gesammelten Anregungen können der verschiedensten Art sein; man wird solche finden, die sich für die grössten und andere, die sich wieder für die kleinsten Geschäftsleute eignen, selbst solche, die überhaupt keine Buchführung haben. Ein Beispiel aus der Praxis wird den Lesern illustrieren, wie das möglich ist. — Ein Händler, der über die Möglichkeiten der Büroorganisation wenig informiert war, der auch in seinem Geschäft keine Bücher führte und sein Geld nicht in einer Kasse, sondern vielmehr in seiner Tasche behielt, sagte mir eines Tages, dass es doch recht schlecht mit der Büroorganisation bestellt sei, weil man ihm nicht sagen könne, wie er Buch führe, ohne Bücher zu halten. Da er nun aus derselben Tasche, in welche alle Einnahmen wanderten, alle Ausgaben bestritt, konnte er noch nicht einmal allabendlich feststellen, ob seine Kasse stimme. Ich erbot mich, dem Manne zu helfen und gab ihm sogar eine Art doppelte Buchführungsidee, ohne dass er dabei Bücher oder Zettel zu halten oder auch nur zu schreiben nötig gehabt hätte! Die Idee war einfach wie das Ei des Kolumbus. In die linke Tasche tut der Mann seither alles Geld, das er einnimmt und in die rechte jeden Morgen eine bestimmte Summe, z. B. 100 Mk., aus welcher rechten Tasche die Auszahlungen gemacht werden. So kann der Mann ohne die geringste Schreiberei täglich und zu jeder Stunde Kasse machen. Was sich hier im kleinen abspielt, gestaltet sich im grösseren oft noch viel vorteilhafter. Hunderte guter Ideen erhält der Leser durch Studium der Büroorganisationsbranche; es wird ihm ein leichtes sein, erhebliche Ersparnisse in den Unkosten seines Betriebes zu machen; er wird seinen Umsatz steigern und alles das nur durch die Lektüre der modernen Fachzeitschrift. Haben die vorangegangenen Erläuterungen

schon bewiesen, dass die Ausnutzung moderner Büroeinrichtungen nicht immer mit Geldausgaben verbunden sein muss, und ferner, dass bei diesen Methoden nicht nur grosse Geschäfte in Frage kommen, so wird das nun folgende Beispiel auch illustrieren, warum man sich durch Anwendung veralteter Prinzipien seiner Konkurrenz gegenüber benachteiligt. Der altmodische Kaufmann, der seine Briefe noch in feste Bücher kopiert, muss zur Auffindung alter Korrespondenz in mehreren Büchern Dutzende von Briefen suchen, die, über eine grosse Spanne Zeit verstreut und zwischen vielen Briefen ganz anderer Kunden stehend, nur nach beträchtlichem Zeitaufwande zu finden sind. Inzwischen hat der moderne Geschäftsmann mit einem Griffe die ganze Korrespondenz in der Hand und dazu auch die Kalkulationspapiere, und kann dem Anfragenden schon nach einigen Minuten feste Offerten machen und, wie das so oft der Fall ist, wegen der Eile des Geschäfts die Order bekommen. Nur die allermodernste Organisation ermöglicht es uns, dass jeder Angestellte alles das Material sozusagen gerade vor der Nase hat, was er in seinem Posten gebraucht. Es werden dadurch unnütze Fragen, Herumlaufen im Laden, Belästigung der Mitarbeiter, Zeit, Geld und Verdross erspart. — Was ist nun der Kernpunkt dieses ersten Prinzips der modernen Innenbüroorganisation? Sie besteht nicht darin, dass sich der Geschäftsinhaber die eine oder die andere Verbesserung oder Erleichterung im Betriebe anschafft, weil er oft gerade das Falsche wählen kann, sondern darin, dass man sich an der Hand tüchtiger Fachblätter erst informiert, und dann unterscheidet, was entbehrlich und was nicht entbehrlich ist. Nahe verwandt mit diesem ersten Prinzip steht das zweite: Information über alle in Frage kommenden Bezugsquellen. Schon mancher hat die Aufnotierung guter Bezugsquellen verabsäumt und sich gesagt, dass der Inserent weiter inseriert und auch später noch leicht zu finden sein wird. Letzterer aber hört mit einem Male zu inserieren auf und die Quelle versiegt; sie war aber für den Betreffenden vielleicht gerade das, was er benötigte. Man gehe also den Inseraten nach und forsche aus, ob sie das Richtige für uns enthalten. Es ist verkehrt, eine Bezugsquelle aus dem Register zu streichen, weil dieselbe das eine oder das andere Mal versagt hat. Wie oft geht nicht ein Geschäft voran und liefert im Laufe der Zeit bessere Ware und zu billigeren Preisen! Man kann es beobachten, dass sich einige Firmen förmlich sträuben, an eine Adresse zu schreiben, bei der sie das erstemal nicht gleich das Richtige gefunden haben. Ich kenne Fälle, wo sich Geschäftsleute aus solchen falschen Prinzipien Tausende von Mark guten Verdienstes haben entgehen lassen. Nichts als falscher Stolz hat die Betreffenden abgehalten, neue Versuche zu machen. Das dritte und für kleinere Geschäfte besonders wichtige Prinzip liegt in der Beobachtung dessen, was die Konkurrenz macht. Die in guten Zeitschriften hintereinander vorkommenden Berichte, was andere erstklassigen Firmen tun und treiben, sollten für kleinere Geschäfte ein immerwährender Sporn zu erhöhtem Schaffen, zu wichtigen Verbesserungen aller Art sein. Durch fleissiges Lesen sowohl der Artikel wie sämtlicher Annoncen wird jeder Leser hundertfach den Wert seines Abonnements herausbekommen. Ich rekapituliere die drei Prinzipien

1. Man orientiere sich über alle den inneren Betrieb angehenden Erfindungen. 2. Man studiere die Bezugsquellen und bleibe mit ihnen in Fühlung. 3. Man beachte, was die anderen und grösseren Firmen und unsere Konkurrenz tut. Alle anderen Prinzipien, und es gibt deren noch viele, sind sozusagen nur noch die Vasallen der obigen drei. Nicht, dass diese wenigen wichtig wären — aber sie folgen naturgemäss — und jene sollten stets vorausgehen.

**fu. Die Beständebank.**

Die Gründung eine neuartigen Bankgesellschaft ist von den Berliner Grossbanken grundsätzlich beschlossen worden. Das Anfang Oktober 1918 be Beginn der politischen Krise gebildete Konsortium der Grossbanken und Bankhäuser zur Stützung des Aktienmarktes durch Interventionskäufe soll, unter Ueberführung der bisher angesammelten Bestände, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Die neue Bank der Banken soll ein Aktienkapital von 24 Millionen *M* erhalten, von dem aber nur 6 Millionen *M* zunächst eingezahlt werden sollen. Die Bank wird also den grössten Teil des Gegenwertes der von den Konsorten eingebrachten Bestände schuldig bleiben. Für die Schaffung dieser neuen Grundlage der Interventionstätigkeit dürften bei den Banken eine ganze Reihe von Gründen gesprochen haben. Die aussen- und innerpolitische Entwicklung hat es mit sich gebracht, dass die Stützungskäufe einen viel grösseren Umfang angenommen haben, als bei der Schaffung des Konsortiums vorzusehen war. Die Aktion wird auch heute noch nicht als beendet angesehen, und an eine Abwicklung dieses Konsortialgeschäftes in der sonst üblichen Frist ist kaum zu denken. Deshalb stellte sich das Bedürfnis nach einheitlicher Geschäftsführung heraus, insbesondere auch um sich schneller den Marktverhältnissen anpassen zu können, als es ein zwölfgliedriges Konsortium gewöhnlich vermag. Neben diesem organisatorischen Bedürfnis dürften auch gewisse Bilanzierungswünsche den Plan der Beständebank zum mindesten gefördert haben: das Anschwellen des Effektenkontos in der Bilanz wird gehemmt; für die Verrechnung der Verluste an diesen Konsortialeffekten wird grössere Bewegungsfreiheit geschaffen. So erscheint das Projekt vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt der Banken aus zunächst recht

vorteilhaft. Eine andere Frage ist es aber, ob die neue Trustbank volkswirtschaftlich mit Genugtuung zu begrüssen ist, oder ob sie nicht unter grösseren Gesichtspunkten volkswirtschaftliche Gefahren in sich birgt, die letzten Endes auch den Banken zum Schaden gereichen können. Man hat gesagt, durch die Gründung der Beständebank werde die Börse von der Furcht befreit, dass die bei Interventionen aufgekauften Effektenmengen bald wieder auf den Markt drücken werden, und es bestünde die Aussicht, dass in kritischen Augenblicken wieder eine schnell entschlossene Interventionenstelle den Aktienmarkt stützen würde. Diese Betrachtung geht davon aus, dass es volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich nützlich sei, den Sturz der Aktienkurse durch die Errichtung künstlicher Wälle zu hemmen. Ist diese Voraussetzung richtig? Wenn die Kurse früher durch politische Beunruhigung, durch Nervenkrise der Börsianer und des Publikums starken Erschütterungen ausgesetzt waren, von denen sich unter Umständen bald herausstellen konnte, dass sie der inneren Berechtigung entbehrten, so war zur Vermeidung starker Vermögensverschiebungen und Erschütterungen das Einspringen eines Interventionskonsortiums sicherlich nützlich. Auch im Oktober konnte man — wir führten damals noch Krieg — es für sehr angebracht halten, einen völligen Zusammenbruch der Kurse zu hemmen. Heute liegen aber die Dinge doch anders. Wir wissen heute, was wir damals erst ahnten. Wir wissen, dass der Krieg verloren ist und dass die wirtschaftlichen Folgen für uns bedrückend sein werden. Wir wissen, dass die Revolution mit ihrer schlimmen Ausartung in eine unvernünftige Lohnbewegung die Grundlagen unserer Industrie bedroht. Wir wissen, dass selbst wenn es uns gelingt, aus den Augenblickswirren herauszukommen, die Zeiten des ungehemmten privaten Verdienens der Industrie nicht wiederkommen werden. Ist es angesichts dieser Erkenntnis unserer Armut wirklich noch von Nutzen, eine Fassade relativ hoher Kurse erhalten zu wollen? Jedes künstliche Sich-reich-Rechnen ist ein kurzfristiges Vergnügen. Wenn auch manche Existenz gefährdet wird durch die weitere Senkung des Kursniveaus, so ist es doch besser, schwache Elemente aus der Reihe der wirtschaftlich Selbständigen auszuscheiden, als ein Kreditgebäude auf der Grundlage des Selbstbetruges aufrechtzuerhalten. Ausserdem bedeutet jedes künstliche Sich-reich-Rechnen für den einzelnen auch

**Warenmarktpreise für Dezember 1918.**

	3.	10.	17.	23.	27.	
Weizen New York (Winter hard Nr. 2)	237 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	237 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	237 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	237 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	237 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	cts. per bushel
Mais Chicago	130 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	134	138	148 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	157 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	cts. per bushel
Kupfer, standard London	122	122	112	100—112	112	£ per ton
Kupfer, electrolyt London	133—137	133—137	125	123—125	120—122	£ per ton
Zinn London	275	275	272	266	266	£ per ton
Zink London	52—56	52—56	52—56	52—56	52—56	£ per ton
Blei London	29 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —30 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	29 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —30 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	29 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —30 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	29 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —30	39 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —40 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	£ per ton
Weissblech London	31 <sup>4</sup> / <sub>1</sub> / <sub>2</sub>	31 <sup>4</sup> / <sub>1</sub> / <sub>2</sub>	31 <sup>10</sup> / <sub>1</sub> / <sub>2</sub>	32/6	32/6	sh/d per ton
Silber London	48 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	48 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>	48 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>	48 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>	48 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>	d per Unze
Baumwolle loco New York	28,15	29,20	29,55	32,10	32,30	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	19,42	19,64	20,33	—	—	d per Pfd.
Schmalz Chicago	26,35	26,40	25,00	23,95	23,90	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	15,50	15,50	15,50	15,50	15,50	cts. per Gallone
Kaffee New York Rio Nr. 7	10,62	10,62	10,62	10,62	—	cts. per Pfd.

eine steuerliche Gefahr. Im Hinblick auf die Kriegsgewinnsteuer und die Vermögensabgabe werden Kurse, die den inneren Wert der Gegenwart nicht klar widerspiegeln, zu einer Gefahr für alle Eigentümer von Wertpapieren. Das gilt übrigens nicht nur für Aktienkurse, sondern auch für Rentenkurse. Nicht nur die Tätigkeit des Interventionskonsortiums am Aktienmarkt ist deshalb nicht unbedenklich, sondern auch alle Massnahmen, die die freie Kursbildung für Renten, einschliesslich der Kriegsanleihen, hemmen, scheinen jetzt nicht mehr zeitgemäss. Mit Recht ist bereits die Forderung erhoben worden, auch für Renten die Kurse wieder zu veröffentlichen und selbst ein Sinken des Kriegsanleihekurses, für den durch die steuerliche Bevorzugung immer eine starke Stütze bestehen bleibt, nicht zu scheuen. Ehrlichkeit gegen uns selbst, unverschleierte Erkennen unserer Notlage ist die notwendige Voraussetzung für den Neubau der deutschen Wirtschaft. Im Fieber der Kriegsgewinne sind alle zur Zügelung mahnenden Stimmen von weiten Kapitalisten- und Börsenkreisen überhört worden. Es wäre töricht, den gleichen Kreisen jetzt durchaus über ihre Aschermittwochsstimmung durch eine künstliche Kursfassade hinweghelfen zu wollen. Gerade die unverschleierte Einsicht der Armut kann neue wirtschaftliche Energien erwecken, kann neuen wirtschaftspolitischen Erfordernissen das nötige Verständnis verschaffen. Diese Erwägungen führen dazu, der neuen Beständebank nicht einfach zuzujubeln. Wenn sie ihre Aufgabe nur darin erblickte, möglichst günstig und allmählich das Interventionsengagement der Banken abzubauen, wäre nichts gegen sie einzuwenden. Dafür bedürfte es aber kaum der immerhin kostspieligen Gründung eines selbständigen Institutes. Das Stützen der Kurse aber zu einer dauernden Funktion zu entwickeln, wäre weder volkswirtschaftlich nützlich, noch könnte es den beteiligten Banken auf die Dauer zum Vorteil gereichen. Die falsche Stützung kann sowohl durch neue Interventionskäufe geschehen, als auch durch zu weitgehende Festlegung gewisser angesammelter Effektenbestände. Wenn die Banken aus geschäftstechnischen Gründen glauben, auf die neue Bankform nicht verzichten zu können, so sollten sie sich doch von vornherein klar darüber sein, dass die Politik der Beständebank nicht auf eine künstliche Erhaltung trügerischer Kursfassaden gerichtet sein darf.

## Börse und Geldmarkt.

An der Börse ist eine gewisse Ruhe und Stabilität eingetreten, die man aber in ihren Ursachen keineswegs falsch, d. h. als ein Zeichen des wiederkehrenden Vertrauens und des Optimismus auffassen darf. Im Gegenteil lässt sich sagen, dass die Spekulation auf fast allen Marktgebieten, auch auf den entlegensten, mit erheblichen Engagements in die Baisse gegangen ist. Der herrschende Stückemangel und das hier und da zutage tretende Bestreben sich einzudecken, verstärkt die an sich sehr spärliche Nachfrage und führt eine gewisse Festigung des Kursniveaus herbei. Im übrigen herrscht an der Börse eine gewisse Lethargie, da auffrischende Momente vollkommen fehlen und deutliche Anzeichen zur Besserung der Verhältnisse unseres Wirtschaftslebens sowie der

innen- und aussenpolitischen Lage nirgends wahrzunehmen sind. Eine gewisse Erleichterung der Stimmung kann man höchstens noch deshalb konstatieren, weil das Damoklesschwert des Wiederangebotes der von den Banken bei ihren Interventionskäufen hereingenommenen Effekten vorläufig nicht mehr über den Hallen der Burgstrasse schwebt. Die Stempelvereinigung hat nämlich Vorkehrungen dazu getroffen, die von ihr aufgenommenen Effektenbestände in eine Aktiengesellschaft mittleren Umfanges einzubringen, die sich ihrer Natur nach als eine Art Trustbank darstellt. Die Bank soll ein Aktienkapital von 24 Mill. erhalten, das erst zum Teil eingezahlt und von den Mitgliedern der Stempelvereinigung übernommen werden wird. Die aufgenommenen Effektenbestände sollen in das Portefeuille der Bank gelegt werden in der stillen Hoffnung, dass einmal bessere Zeiten kommen werden, in denen eine aufnahmefähige Börse die Abstossung zu guten Kursen ermöglicht. Inwieweit das neue Trustgebilde nun auch weiterhin noch in Momenten starker Börsendepression mit Stützungskäufen auftreten wird, lässt sich natürlich noch nicht sagen. Immerhin ist an sich der Gedanke, das Interventionskonsortium in eine festere Form zu giessen, in der es, mit bestimmten Vollmachten versehen, vielleicht aktionsfähiger ist, im Interesse der Börse durchaus zu begrüssen. (Siehe den Aufsatz in der „Umschau“).

Nicht so sehr an der Börse als vielmehr an den wilden Börsen und in Kreisen, die mit der Börse in losem Zusammenhang stehen, hat sich in den letzten Wochen eine Unsitte herausgebildet, die uns ausserordentlich schädigt und nicht scharf genug geegelt werden kann. Wie unsere Revolution ja in so manchen Dingen das nicht sehr schätzenswerte russische Beispiel sklavisch nachgeahmt hat, so scheint man nunmehr auch in finanziellen Dingen russische Vorbilder imitieren zu wollen. Aehnlich nämlich, wie man dort die „Zaren-Rubel“ höher bewertete, als die „Kerenski-Rubel“ und zwischen diesen und den von den Bolschewisten emittierten Geldscheinen weitere Unterschiede machte, so handelt man jetzt plötzlich bei uns die „alten“ 1000-*M*-Scheine, d. h. die Scheine, die nicht den grünen Stempel tragen und noch aus ruhigeren Zeiten stammen, mit einem Agio — man spricht von 5%. Des Rätsels Lösung bei diesem an sich recht merkwürdigen Vorgehen ist sehr unerfreulich. Die so eingehandelten Scheine werden nach Holland geschmuggelt und gehen von da nach Belgien. Dort werden sie zum Satz von 1,25 Fr. für 1 *M* eingewechselt, was gegenüber dem Stand der deutschen Valuta und auch dem etwas höheren für deutsche Banknoten zu erzielenden Kursen an den neutralen Börsen eine Marge von 50% bedeutet. Der Skandal bei diesen Vorgängen ist nun vor allem, dass die belgische Regierung, die ja nur der belgischen Bevölkerung ihr deutsches Geld einwechseln will, um sie vor Verlusten aus der Valutadifferenz zu bewahren, die Kosten der Umwechslung nicht etwa edelmütig aus ihrer Tasche bezahlt, sondern, dass sie dafür die deutsche Regierung belastet, und dass so jeder auf diese Weise nach Belgien geschmuggelte 1000-*M*-Schein dem Deutschen Reich bare 500 *M* kostet!! Dieser Hinweis — es ist der erste in der Öffentlichkeit — wird wohl genügen, um das Reichsschatzamt zu veranlassen, alle nur irgend-

# Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:<sup>1)</sup>

<b>Mittwoch,</b> 1. Januar	Neujahr.
<b>Donnerstag,</b> 2. Januar	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris.
<b>Freitag,</b> 3. Januar	Reichsbankausweis.
<b>Sonntag,</b> 4. Januar	Bankausweis New York. — G.-V.: Stärke-zuckerfabrik Kochlmann, Aktien-Brauerei Friedrichshain, Horchwerke Akt.-Ges., Prestowerke Chemnitz. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Ver. Thüringische Metallwarenfabriken.
<b>Montag,</b> 6. Januar	G.-V.: Braunkohlen-Industrie und Handels-Gesellschaft in Liq.
<b>Dienstag,</b> 7. Januar	G.-V.: Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Ferd. Heye, Duxer Porzellan-Manufaktur vorm. Ed. Eichler.
<b>Mittwoch,</b> 8. Januar	G.-V.: Scholten Stärke- und Syruptabriken, Akt.-Ges. Eckert, Amme Giesecke & Konegen.
<b>Donnerstag,</b> 9. Januar	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris.
<b>Freitag,</b> 10. Januar	G.-V.: Franz Seiffert & Co. — Schluss der Anmeldefrist Aktien-Baugesellschaft.
<b>Sonntag,</b> 11. Januar	Bankausweis New York. — Reichsbankausweis. — G.-V.: Henninger Reifbräu Akt.-Ges. Erlangen, Brauerei Iesenbeck, Zuckerraffinerie Genthin.
<b>Montag,</b> 13. Januar	
<b>Dienstag,</b> 14. Januar	G.-V.: Hofbierbrauerei Schöffershof.

Ausserdem zu achten auf:  
Abschlüsse und Bilanzen von Hypothekenbanken.

Verlosungen:

5. Januar: Crédit foncier de France 2<sup>3</sup>/<sub>5</sub>, 3 und 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> % Pfandr. (1879, 1885, 1909, 1913), 3<sup>3</sup>/<sub>10</sub> Oesterreichische Allg. Bodencredit-Anstalt 100 Gld. - Präm-Pfandbr. (1889), 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> % Pariser 400 Fr. (1894/96) desgl. 3<sup>3</sup>/<sub>10</sub> 300 Fr. (1912).  
10. Januar: 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> % Antwerpener 100 Fr. (1887), 2 % Genter 100 Fr. (1896), 3 % Pariser 400 Fr. (1871). 11. Januar: Crédit foncier de France 3<sup>3</sup>/<sub>10</sub> Pfandbr. (1903). 14. Januar: 3<sup>3</sup>/<sub>10</sub> Griechische Nationalbank 400 Fr. (1880).

<sup>1)</sup> Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttag, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In Kursiv-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

möglichen Massnahmen gegen diese neue Art der Verschleuderung deutschen Nationalvermögens an eine Handvoll Schieber zu ergreifen.

Einige Berliner Blätter hatten vor kurzem aus Schweizer Zeitungen die Nachricht übernommen, dass der Staatsbankrott der Türkei vor der Türe stehe, ja bereits jetzt schon angekündigt werden solle. Nun braucht man ja kein Finanzgenie zu sein, um zu wissen, dass an einer derartigen Nachricht natürlich etwas wahr ist; der Zustand der türkischen Finanzen ist heute ganz zweifellos

derart, dass — objektiv genommen — die Lage verzweifelt ist, wenn auch bereits die fälligen Zinszahlungen geleistet, resp. deponiert worden sind. Verzweifelt insofern, als das ganz verarmte, nahezu 7 Jahre nicht mehr ausreichend bestellte, des grössten Teils seiner besten Bauern, der Anatolier, beraubte Land, dessen politische Grenzen auch noch wesentlich zusammenschumpfen werden, nicht mehr aus eigener Kraft imstande sein kann, sich wieder emporzuarbeiten, oder auch nur seine Kriegsschuldenlast abzubauen. Aber, so sehr das alles für die objektive Möglichkeit, ja Notwendigkeit eines Staatsbankrottes spräche, so sehr ist doch auf der anderen Seite dagegen geltend zu machen, dass die Türkei in der glücklichen Lage eines Schuldners ist, der bei vielen Gläubigern so tief in der Tinte sitzt, dass man ihn nicht sterben lassen kann, sondern mit allen Mitteln und auch unter hohen Kosten gesund machen muss. Für die zahlreichen Gläubigerländer der hohen Pforte wird sich zweifellos die Notwendigkeit ergeben, dem schlechten Geld gutes nachzuwerfen, um einen Teil ihrer alten Guthaben zu retten und ihre Staatsangehörigen vor schweren Verlusten zu bewahren. Das alles weiss die Türkei, die immer eine äusserst gerissene Finanzpolitik getrieben hat, weit besser als jeder andere, und sie weiss auch sehr gut, was sie tut, wenn sie vielleicht einmal hie und da wirklich durchblicken lassen sollte, dass der Staatsbankrott unvermeidbar sei. Ihn wirklich eintreten lassen wird die Türkei niemals, einesteils, weil nach den bisherigen Erfahrungen die blosser Drohung genügt, um von den alten Gläubigern wieder frisches Geld zu bekommen, dann aber vor allem, weil sie ja zum Wiederaufbau ausschliesslich auf das internationale, insbesondere auch auf das amerikanische Kapital angewiesen ist. Dieses amerikanische Kapital würde sie aber nicht bekommen, wenn sie etwa, um ein gutes Geschäft zu machen, vorher ihre europäischen Gläubiger durch einen Staatsbankrott schädigen würde, sondern sie würde damit auch in Amerika die Stimmung nur gegen sich beeinflussen. Man kann deshalb über die Staatsbankrottmeldungen wohl mit ruhigem Gewissen zur Tagesordnung übergehen.

Der Markt der mündelsicheren Werte an den deutschen Börsen wird in der nächsten Zeit endlich einmal seit Jahren wieder — wenn wir von den Kriegsanleihen absehen — eine bedeutende Erweiterung erfahren. Um jede Konkurrenz in den Anlagewerten fernzuhalten, solange die Finanzierung des Krieges gewaltige Ansprüche an den offenen Geldmarkt stellte, war den Kommunen bisher untersagt, neue Anleihen zu begeben. Es standen ihnen nur zwei Wege offen, von denen der eine die Wechselbegebung bei der Girozentrale war. Wie erheblich die Finanzierungstätigkeit dieser Zentrale gewesen ist, geht daraus hervor, dass im Jahre 1917 ein Gesamtumsatz von 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Milliarden M erzielt wurde, hinter dem auch der diesjährige Jahresumsatz nicht allzu weit zurückbleiben wird. Die Bedingungen der Zentrale waren für die Kommunen nicht ungünstig, der Zinssatz hielt sich in der letzten Zeit auf zirka 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> %. Die andere Geldbeschaffungsmöglichkeit lag bei den zahlreichen neuen „Finanzmännern“, denen der Krieg und die geschickte Ausnutzung der in ihm enthaltenen Chancen grosse Summen flüssigen Geldes in die Hände gespielt hatte. Von diesen Seiten wurden neue den Städten Millionendarlehen



mit Befristungen bis auf 10 Jahre hinaus gewährt. Dessen ungeachtet besteht natürlich bei vielen Kommunen ein starker Geldbedarf. Die gewaltigen sozialen Lasten und Kriegsaufwendungen (von denen allerdings später wohl der Staat einen Teil übernehmen wird), die Höhe der Kosten der jetzt fast überall in Angriff genommenen Notstandsarbeiten, die Mehraufwendungen für die Löhne der städtischen Arbeiter und Beamten, die Kosten der Zuschüsse zu den städtischen Betrieben, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen natürlich nicht mehr rentabel arbeiten können, all das vereinigt sich, um den städtischen Finanzverwaltungen die Arbeit zu erschweren, und den Finanzbedarf gegenüber früheren Etatzielfern gewaltig zu steigern. Man kann also damit rechnen, dass schon sehr bald städtische Anleihen mit den Bankenkonsortien, den Provinzialhilfskassen und den Landesbanken abgeschlossen werden, so dass in absehbarer Zeit, wenn die zuständigen amtlichen Stellen ihre Genehmigung gegeben haben, an eine Plazierung gedacht werden darf. Man kann, wenn man will, aus dieser Tatsache folgern, dass das Reich und die Bundesstaaten vorläufig keine neuen Anleihen aufzunehmen gedenken. Sie würden sich sonst schwerlich durch Zulassung der

städtischen Anleihebegehungen eine so scharfe Konkurrenz selbst auf den Hals laden. Denn in Publikumskreisen wird wahrscheinlich für die städtischen Anleihen ein guter Markt vorhanden sein. Haben doch die meisten Stadtanleihen gegenüber den Konsols und Reichsanleihen ihre Kurse weit besser behaupten können und dadurch eine treue Gefolgschaft erobert. — Wie die Zukunft der städtischen Finanzen im Reiche und in Preussen selbst sich gestalten wird, ist natürlich ungeheuer schwierig zu beurteilen. Möglich ist es jedenfalls, dass der in letzter Zeit viel diskutierte Plan zur Ausführung gelangt, eine Ausgleichskasse für die preussischen Städte und einen Durchschnitts-Einkommensteuernzuschlag zu schaffen. Hiermit würde der Konkurrenzkampf der Städte untereinander, die sich gegenseitig die höchsten Steuerzahler wegzulocken suchten, beendet werden. Auch in Berlin wünscht man zusammen mit den gesamten später einzugemeindenden Städten und Vororten eine ähnliche interne Ausgleichskasse, die für die City selbst natürlich, die schon an Bluteere stark zu leiden beginnt, sehr notwendig wäre.

Justus.

## Plutus-Archiv.

### Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

**Der Verwaltungszwang.** Eine kritische Studie des sogenannten Verwaltungsstrafrechtes. Von Rudolf Kukuła. Wien 1918. Manzsche k. u. k. Hof-, Verlags-, u. Universitätsbuchhandlung. Preis 6 60 Kr.

**Fundament der Volkswirtschaftslehre.** Von Dr. Othmar Spann, o. ö. Professor der deutschen technischen Hochschule in Brünn. Jena 1918. Verlag von Gustav Fischer. Preis M 12.—.

Was soll die strenge Bestimmung des Begriffes der Wirtschaft leisten? — Bisherige Mängel der Begriffsbestimmung der Wirtschaft. — Der Begriff der Wirtschaft. — Die Elemente des Begriffes der Wirtschaft. — Strenge Trennung von Mittel und Ziel. — Die Abgrenzung von Technik und Wirtschaft. — Vollendung der Begriffsbestimmung der Wirtschaft. — Die Erscheinungsformen der Wirtschaft: reine Wirtschaft, Unwirtschaftlichkeit, Wirtschaftsamschichtung, Nebengewirtschaft und Wirtschaftslosigkeit. — Der Aufbau der Wirtschaft: Leistung und Wert als die Grundelemente. — Das System der Leistungsmässigen Kategorien oder der allgemeinen leistungsmässigen Grundbegriffe. — Die Leistungsträger oder leistenden Elemente. — Die Kategorien der Leistungsrössen. — Die Arten der Leistungen. — Die Zeitabfolge oder Stufenfolge der Leistungen. — Die Beeinflussung der Leistungen (Leistungsmodifikation). — Die Gesamtbewahrung oder allgemeine Erfolgskategorie der Wirtschaft: wirtschaftliche Fruchtbarkeit oder Produktivität. — Die gestaltlichen Elemente. — Die monogenetischen Leistungsarten. — Der Bauplan der einwurzeligen Wirtschaft. — Rückschau über die einwurzelige Wirtschaft. — Die vielwurzeligen oder verkehrswirtschaftlichen Leistungen. — Die Häufung. — Die Volkswirtschaft als Gebilde höchster Ordnung. — Rückschau über die gesamte Lehre von den Grundbegriffen. — Das Wesen des Gutes. — Abarten des Gutbegriffes. — Bemerkungen zum Begriff des Kapitals. — Bemerkungen über den Begriff des Volksvermögens. — Geschichtlicher Rückblick. — Die wirtschaftliche Frucht-

barkeit als allgemeine Erfolgskategorie des Wirtschaftslebens. — Die wirtschaftliche Fruchtbarkeit der Berufsstände. — Umriss einer Logik der volkswirtschaftlichen Begriffsbildung und des logischen Aufbaues der Volkswirtschaftslehre. — Abschluss.

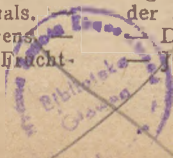
**Gesetz über eine ausserordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918.** Vom 26. Juli 1918. Mit den Ausführungsbestimmungen des Bundesrates. Erläutert von Dr. Leo Blum, Schriftleiter in München, und Dr. Otto Kahn, Rechtsanwalt in München. München, Berlin und Leipzig 1918. J. Schweitzer Verlag (Arthur Sellier). Preis M 4.20.

Vorwort. — Abkürzungsverzeichnis. — Einleitung. — Gesetz über eine ausserordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 vom 26. Juli 1918. — Abgabepflicht der Einzelpersonen. — Abgabe vom Mehreinkommen. — Abgabe vom Vermögen. — Abgabepflicht der Gesellschaften. — Gemeinsame Vorschriften. — Schlussvorschriften. — Ausführungsbestimmungen.

**Sozialistische Monatshefte.** Herausgeber Dr. J. Bloch. Preis eines Heftes (erscheint alle 14 Tage) M 0.90. Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H., Berlin W 35.

20. Heft: Max Schippel. Brentano über Freihandel und Frieden. — Dr. Ludwig Quessel. — Eduard David und der bolschewistische Separatismus. — Dr. Adolf Behne. Die Ueberwindung des Tektonischen in der russischen Baukunst. — Walter Withman. Der Urgrund aller Metaphysik. Uebertragen von Max Hayek. — Friedrich Kunze. Die Frauenarbeit und die Arbeiterorganisation. — Dr. Raphael Seligmann. Der Drang zur Masse.

Heft 23/24: Heinrich Peuss. Die deutsche Volkswirtschaft. — Emil Kloth. Ueber den Zusammenhang der gewerkschaftlichen Sozialpolitik mit der Weltpolitik. — Dr. Conrad Schmidt. Der Aberglaube an die Gewalt. — Julius Berger. Die deutsche Ostpolitik und die Ost-



juden. — Joseph Kurth. Frauenerwerbsarbeit in der Metallindustrie.

**Mehr Kinder — mehr Erbe.** Die Bedeutung der biologischen Erbwerte für Familie und Volk. Zeitgemässe Betrachtungen zur Bevölkerungs-Entwicklung. Von Rudolf Oeser, Mitglied des Hauses der Abgeordneten. Berlin 1918. Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Vohsen). Preis *M* 2.—.

**Geschichtliche Beweisstücke für Englands Schuld am Krieg aus Afrika.** Eintroffene Voraussagen eines Deutschen aus Deutsch-Südwestafrika. Von Dr. Forkel. Herausgegeben von der Vereinigung für Deutsche Siedlung und Wanderung. Preis *M* 2.—.

**Der mitteleuropäische Staatenbund.** Von Dr. Ottomar Schuchardt. Dresden und Leipzig 1918. „Globus“ Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis *M* 1.—.

**Das Papier im Kriege.** Zusammengestellt und herausgegeben von Walter Hess, Fachkaufmann in Berlin, Dresden und Leipzig 1918. „Globus“ Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis *M* 2.—.

Einleitung. — Das Papier im Kriege. — Holzstoff und Zeitungsdruckpapier im Kriege. — Die Lage der Papierfabrikanten nach der Regelung des Druckpapierverbrauches. — Zur Preisgestaltung des Zeitungsdruckpapiers. — Von der Papiernot im neutralen und feindlichen Ausland. — Papierknappheit und Altpapierverwendung. — Alte Zeitungen und ihre Wiederverwendung. — Wiedergewinnung von Papierstoff aus Altpergament. — Schlussworte. — Spart im Kriege an Papier.

**Kommentar zum Gesetz über eine ausserordentliche Kriegsabgabe für das Kriegsjahr 1918.** Vom 26. Juli 1918. Mehreinkommen, Vermögensabgabe der Einzelpersonen, Mehrerwerbabgabe der Gesellschaften. Von Prof. Dr. jur. Fritz Stier-Somlo. 3. wesentlich veränderte Auflage des Kriegs- und Besitzsteuergesetzes. Berlin 1918. Verlag von Franz Vahlen. Preis *M* 9.—.

Ankürzungsverzeichnis. — Geschichtliche und allgemeine Einführung. — Erläuterung des Kriegsabgabegesetzes. — Abgabepflicht der Einzelpersonen. — Abgabepflicht der Gesellschaften. — Gemeinsame Vorschriften. — Schlussvorschriften. — Ausführungsbestimmungen des Bundesrates vom 22. August 1918. — Die im Text erläuterten Vorschriften des Besitzsteuergesetzes. — Sachregister.

**Ein Frauenschicksal im Kriege.** Von Maria Sonenthal-Scherer. Berlin 1918. Verlag von Ullstein & Co. Preis *M* 5.50.

Einleitung. — Südöstlicher Kriegsschauplatz. — Nördlicher Kriegsschauplatz. — Orient: Mit der Kolonne nach Konstantinopel. — Auf den Prinzeninseln. — Auf der Fahrt nach Syrien. — Bitrseba.

**Ratschläge für eine einfache, würdige Feier des hundertsten Geburtstages Vater Raiffeisens am 30. März 1918 durch die Genossenschaften und Unterverbände.** Berlin 1918. Druck von Leonhard Simion Nachf.

**Reichsmehrbedarf und Steuerermässigung.** Grundriss zu einer Theorie und Reform des Geldes. Von Kurt Geucke. Berlin-Friedenau 1918. Verlag von Adolf Crüger. Preis *M* 3.—.

Einleitung und Grundlegendes. — Natur und Definition des Geldes. — Herkommen, Charakter, Arten, Notwendigkeit und Funktionen des Papiergeldes. — Kritik des Lawschen Systems. — System der Währungstrennung. — Uebersicht des Systems. — Die Gesetze des Geldes. — Zusammenfassung. — Anwendung des Systems. — Schlusswort.

**Zwischen England und Deutschland.** Von Waldemar Sklarz. Berlin 1918. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Preis *M* 2.50

Die internationale doppelte Front. — Die geistigen Kriegsziele Englands. — Die materiellen Kriegsziele Englands. — Die Formulierung der englischen Kriegsziele und das Memorandum der Entente-Sozialisten. — Die

englische Arbeiterpartei als Werkzeug der Balfour und Cecil. — Die kommende Revolution in England und ihr Programm. — Der englisch-nationale Charakter der englischen Arbeiterbewegung. — Kolonialbesitz als Lebensfrage. — Die Möglichkeit des Ausgleichs trotz allem. — Nachtrag.

**Mitteleuropa ein britisches Friedensziel.** Sir Harry Johnston: „Gesunder Menschenverstand in der auswärtigen Politik.“ Mit 7 farbigen Karten. Berlin 1917. Verlag Dietrich Reimer (Ernst Vohsen). Preis: *M* 5.—

Die auswärtige Politik des britischen Reiches. — Grossbritannien und Frankreich. — Grossbritannien, Deutschland und Oesterreich-Ungarn. — Grossbritannien und Russland. — Die britischen Beziehungen zu Portugal. — Grossbritannien und Amerika. — Ostasien und der Orient. — Die Verwaltung unserer auswärtigen Beziehungen. — Karten.

**Was ist Kriegswucher und wie bekämpfen wir ihn?** Von Dr. Georg Obst. Leipzig 1917. Verlag von Carl Ernst Poeschel. Preis: geh. *M* 1.20.

**Neutrale in Elsass-Lothringen.** Eindrücke von Johannes Jegerlehner. Bein 1917. Verlag Ferd. Wys. Preis: *M* 1.50.

**Schürer des Weltbrandes.** Von Moritz Loeb. Eduards unselige Erben. Neue Folge. Verlag Haas & Grabherr, Augsburg. Preis *M* 2.—.

Sir Arthur Nicolsen. — Mauris Barres. — Dr. Salvatore Barzilai. — Die Brüder Buxton. — Miljukow der Kadettenführer. — Aristide Briand. — Joneacu, Filipescu, und Costinescu. — Sir George William Buchanan. — Sir Edward Carson. — Lord Hardinge. — Lord Kitschener. — Leonida Bissolati. — Graf Okuma. — Dr. Eleutherios Venizelos. — Jonel Bratianu. — Die schöne Maria von Rumänien. — Die beiden Hughes. — Theodore Roosevelt. — Alexander Feodorowitsch Trepow.

**Eduards unselige Erben. Die Kriegshetzer.** Von Moritz Loeb. Augsburg 1915. Haas & Grabherr Verlag. Preis *M* 1.50.

Sir Edward Grey. — Lord Northcliffe. — Raymond Poincaré. — Théophile Delcassé. — Alexander Petrowitsch von Iswolskij. — Winston Churchill. — Bunau-Varilla, der Besitzer des Matin. — Maria Feodorowna, die Zarinmutter. — König Albert. — Grossfürst Nicolai Nicolajewitsch. — Suworin und die „Nowoje Wremja“. — Herbert Henry Asquith. — Die beiden Cambon. — Wladimir Alexandrowitsch Ssuchomlinow. — Nikitas Töchter. — René Viviani. — Lloyd George. — Baron Reuter, der Telegraphenkönig. — Sergei Dimitrijewitsch Ssasonow. — Dr. Nikola Paschtsch. — Camille Barriere, der Totengräber des Dreibundes. — Tittoni, Salandra, Sonnino, D'Annunzio. — Nicolaus II. Alexandrowitsch, Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen.

**Deutschlands Anteil an Indiens Schicksal.** Von A. K. Viator. Leipzig 1918. Verlag von Otto Wigand. Preis *M* 1.50.

Die Grundsätze deutscher Auslandspolitik. — Deutschlands Anteil an der Erschliessung der indischen Geisteswelt. — Die Stellung Goethes. — Indien als romantisches Ideal. — Wahlverwandtschaft zwischen Indien und der Romantik. — Indische Einflüsse im deutschen Geistesleben. — Aehnlichkeit der deutschen und der indischen Geschieke. — Indiens politische und strategische Bedeutung für das britische Weltreich. — Geschichte Indiens im Umriss. — Das Unrecht der britischen Herrschaft in Indien. — Die Verelendung des Landes. — Das Erwachen des nationalen Geistes. — Deutschlands und Indiens natürliche Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen England. — Indiens wirtschaftliche Bedeutung für England und Deutschland. — Deutschlands Interesse an Indiens Befreiung.

**Das Kundenlistensystem als Grundlage der Hausbrand-Brikett-Versorgung in Gross-Berlin.** Auf Veranlassung der im Kohlenverband Gross-Berlin vereinigten Stadt- und Landkreise bearbeitet von Dr. Ludwig Körte, Oberleutnant d. Res., Leiter der Kohlen-

Abteilung der Kriegsamtsstelle in den Marken und der Kohlenstelle Gross-Berlin. Berlin 1917. Druck von W. Büxsenstein. Preis *M* 0,60.

**Die Einwirkung des Krieges auf überseelische vor dem Kriege abgeschlossene Abladegeschäfte.** Von Dr. Albert Holländer, Rechtsanwalt in Hamburg. Heft 5 der Hamburgischen Forschungen. Herausgegeben von K. Rathgen und F. Stuhlmann. Hamburg-Braunschweig-Berlin 1918. Verlag von Georg Westermann. Preis: *M* 4.— (vergriffen z. Zt.)

Begriff und Grundlagen des Abladegeschäfts. — Erfüllungsort des Verkäufers und Gefahr der Beförderung. — Konzentration der Leistung des Verkäufers. Uebertragung der Beförderungsgefahr. — Verladungsanzeige, insbesondere beim Deutsch-Niederländischen Verträge betreffs Getreideabladungen. — Kauf schwimmender Ware. — Cit-Verträge. — Einwirkung des Krieges als Rechtstatsache. Allgemeines. — Wann macht der Krieg dem Verkäufer die Erfüllung des Abladegeschäfts unmöglich? Befreiung der Parteien oder abweichende Erfüllung des Vertrages. — Behinderung des Käufers durch Zahlungsverbote. — Kriegsklauseln und Vereinbarungen, die während des Krieges für schwebende Verträge geschlossen werden. — Anspruch des Käufers auf Abtretung der dem Verkäufer zustehenden Ersatzansprüche. — Ausländisches Recht. Allgemeines. — Das englische Recht. — Das französische Recht. — Kollision der Rechtsordnungen. (Internationales Privatrecht.) — Die Bundesratsverordnung vom 16. Dezember 1916 (Vergeltungsverordnung). — Die durch den Krieg beim Dokumenten-Tratten-Geschäft für deutsche Kaufleute entstehenden Schäden. — Beziehungen des Londoner Remboursbankiers zum deutschen Käufer. — Sind für die Heilung der Schäden, die aus dem Verlust von Abladungen den deutschen Beteiligten entstehen, besondere Gesetze erforderlich oder sind sie als allgemeine Kriegsschäden zu behandeln? — Nachtrag. Der Frieden mit der Ukraine.

**Das Staatsvermögen des Deutschen Reichs und der deutschen Bundesstaaten.** Von Dr. F. W. R. Zimmermann, Kammerpräsident. Stuttgart 1918. Verlag von Ferdinand Enke. Preis *M* 5.—.

Das Staatsvermögen als solches und die Gattungsauscheidung in demselben. — Das Verwaltungsvermögen. Umfang und Teilung. — Derzeitiger Stand in den Bundesstaaten und im Reich. — Bedeutung und Eigenart. — Wert. — Das Finanzvermögen. Umfang und allgemeine Eigenart. — Ausscheidung nach einzelnen Gruppen und Arten. — Geschichtliche Entwicklung. — Eigenheiten. Nutzung und Verwaltung der einzelnen Gruppen und Arten. — Derzeitiger Stand im Deutschen Reich und in den Bundesstaaten. — Wert. — Tabelle: Wert des staatlichen Erwerbbesitzes in Deutschland.

**Ungarn.** Land und Volk, Geschichte, Staatsrecht, Verwaltung und Rechtspflege, Landwirtschaft, Industrie und Handel, Schulwesen, wissenschaftliches Leben, Literatur, bildende Künste. Budapest 1917. Verlag des Franklin-Verein. Preis K. 10.—.

Ungarns Land und Volk. Von Eugen Cholnoky. — Uebersicht der Geschichte Ungarns. Von Dr. Heinrich Marczali. — Das Staatsrecht des Königreiches Ungarn und seiner Mitländer. Von Dr. Edmund v. Polner. — Verwaltung und Rechtspflege in Ungarn. Von Dr. Geza v. Magyary. — Die Landwirtschaft Ungarns. Von Julius von Rubinek. — Industrie und Handel. Von Dr. Gustav Gratz. — Das Schulwesen Ungarns. Von Dr. Bernhard Alexander. — Wissenschaftliches Leben, Literatur, bildende Künste. Von Dr. Bernhard Alexander. — Namen- und Sachregister.

**Zur Frage der Abwicklung unserer Kriegsschulden.** Von W. G. Weiser. Wien 1917. Verlag von Franz Deuticke. Preis *M* 1.—.

Umschreibung der Aufgabe. — Beiläufige Untersuchung über den Tilgungsgegenstand. — Allgemeines

über Tilgung von Staatsschulden. — Versuch, sich mit der Tilgungsfrage auseinanderzusetzen. — Ueber die Tilgung im engeren Sinne. — Unsere Staatsschulden. — Ueber die Tilgung der inländischen schwebenden Schulden. — Ueber die Steuergegenstände. — Ueber die Veranlagung der Steuer. — Ueber die Wertbestimmung der Steuergegenstände. — Ueber den Steuerfuss. — Ueber die Tilgung der inländischen festen Schulden. — Die Stellung der Grundlage der Entwicklung sowie der Tätigkeit einer Tilgungskasse. — Arbeitsplan für die Tilgungskasse. — Was kann man gegen die Errichtung einer Tilgungskasse anführen. — Schlusswort. — Ueber die in Berlin gegen Schatzwechsel aufgenommenen Anleihen.

**Die Wahrheit über Bulgarien.** Eine Darlegung der bulgarisch-serbischen Beziehungen und der Grund Bulgariens, an dem europäischen Krieg teilzunehmen. Von Alexander Kiproff, gewesener Abgeordneter und Sekretär der Sobranje in Sofia. Zweite Auflage. Verlag von Ernst Kuhn. Bern. Preis *M* 0,60.

**Wegweiser zu kaufmännischer Betätigung im Orient.** Ein Buch aus der Praxis. Von Wilhelm M. Kubié. Stuttgart 1918. Verlag von Wilhelm Violet. Preis *M* 2,50.

Allgemeine Betrachtungen. — Aussichten für den deutschen Kaufmann. — Vorbedingungen zur kaufmännischen Tätigkeit im Orient. — Die Tätigkeit des deutschen Kaufmanns im Orient. — Einiges über den Levanteverkehr.

**La Vérité est en marche! Die Wahrheit unterwegs!** Von einem Deutschen. Zürich 1917. Verlag Art. Institut Orell Füssli. Preis *M* 3,50. (Fr. 3.—.)

Vorwort. — Einleitung. — Die grossserbische Idee und der Mord zu Serajewo. — Die österreichische Note an Serbien. — Ssasanow. — Grundzüge der englischen Politik. — Marokko. — Die deutsch-englischen Flottenverhandlungen. — Sir Edward Grey und Paul Cambon. — Die Londoner Seerechtsdeklaration. — Balkanpolitisches. — Die Mobilisation. — Zur Geschichte der Konferenz- und Verständigungsvorschläge. — Schlussbetrachtung. — Anhang.

**Die deutsche Aussenhandelsförderung unter besonderer Berücksichtigung des Wirtschaftsnachrichtenwesens.** Zeitgemässe Mahnungen und Vorschläge. Von Dipl.-Ing. Dr. Th. Schuchert. Berlin 1918. Verlag von Leonhard Simion Nf. Preis *M* 8.—.

Vom Wesen der Welthandelsförderung. Die Grundfragen. Der Wirtschaftsnachrichtendienst. — Aus der Entwicklung der organisatorischen Bestrebungen zur Förderung des Aussenhandels. — Die Entwicklung in Deutschland. Der amtliche Wirtschaftsdienst. Die private Organisationstätigkeit. — Zur Reform des deutschen Wirtschaftsnachrichtenwesens. Grundsätzliches. — Die organisatorischen Grundlagen des ausgehenden Wirtschaftsnachrichtendienstes. Die organisatorischen Grundlagen des eingehenden Wirtschaftsnachrichtendienstes. Die Nachrichtenbeschaffung. Der Bearbeitungs- und Verbreitungsdienst. Der Auskunfts- und Archividienst. Die organisatorische Zusammenfassung. Die Zusammenarbeit der privaten und amtlichen Organisationen und ihre Aussichten. Für und Gegen. — Schlussbemerkung.

**Wirtschaftslehre für Kaufleute und Gewerbetreibende.** Eine Einführung in die Handelswissenschaft. Von Dr. H. Münz. Dortmund, 1918. Verlag von Fr. Wilh. Ruhfus. Preis: *M* 7,50, geb. *M* 9.—.

Die Stellung des Handels im Wirtschaftsleben; seine wirtschaftlichen und politischen Grundlagen. — Die Subjekte des Handelsverkehrs. — Die handelntreibenden Personen. — Die Arten der Handelsunternehmungen. — Die Objekte des Handelsverkehrs. — Der Geld- und Effektenhandel. — Besondere Formen des Handelsverkehrs. — Die kaufmännischen Angestellten.

# Anzeigen des Plutus.

## 4% Anleihe der Firma Fried. Krupp, Gußstahlfabrik, Essen/Ruhr, vom Jahre 1893.

Die am 2. Januar 1919 fälligen Zinnscheine dieser Anleihe werden vom Verfalltag ab eingelöst:

- [14  
in Essen bei der Hauptkasse von Fried. Krupp Aktiengesellschaft,  
" " bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale Essen,  
" Berlin bei der Preußischen Staatsbank (Seehandlung),  
" " bei der Berliner Handels-Gesellschaft,  
" " bei der Dresdner Bank,  
" " bei der Deutschen Bank,  
" " bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,  
" " bei dem Bankhause S. Bleichröder,  
" " bei der Bank für Handel und Industrie,  
" " bei dem Bankhause Delbrück Schickler & Co.,  
" Dresden bei der Dresdner Bank,  
" Elberfeld bei der Bergisch-Märkischen Bank Filiale der Deutschen Bank,  
" Frankfurt a. M. bei der Deutschen Bank Filiale Frankfurt,  
" " bei der Deutschen Vereinsbank,  
" " bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,  
" " bei der Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,  
" Hamburg bei der Deutschen Bank Filiale Hamburg,  
" " bei der Dresdner Bank in Hamburg,  
" Köln bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.,  
" " bei dem Bankhause Delchmann & Co.,  
" " bei dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Co.,  
" " bei der Dresdner Bank in Köln,  
" Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,  
" " bei der Dresdner Bank in Leipzig,  
" Magdeburg bei dem Bankhause F. A. Neubauer.

## 4% Anleihe der Fried. Krupp Aktiengesellschaft, Essen/Ruhr, vom Jahre 1908.

Die am 2. Januar 1919 fälligen Zinnscheine dieser Anleihe werden vom Verfalltag ab bei den auf den Zinnscheinen angegebenen Zahlstellen eingelöst.

## Rositzer Zucker-Raffinerie.

Die heute abgehaltene General-Versammlung unserer Aktionäre beschloss, für das Geschäftsjahr 1917/18 eine Dividende von 10% und einen Bonus von 5% zur Auszahlung gelangen zu lassen.

Als Zahlstellen benennen wir ausser unserer Kasse in Rositz in Altenburg die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Langke & Co., und die Commerz- und Disconto-Bank, in Berlin die Commerz- und Disconto-Bank, die Direction der Disconto-Gesellschaft und die Nationalbank für Deutschland, in Breslau die Bank für Handel und Industrie, Filiale Breslau, vorm. Breslauer Disconto-Bank, in Köln den A. Schaaffhausen'schen Bankverein, A.-G., in Hamburg die Commerz- und Disconto-Bank, in Leipzig die Commerz- und Disconto-Bank und die Mitteldeutsche Privatbank, Aktiengesellschaft, in Magdeburg die Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Magdeburg, in München die Bank für Handel u. Industrie, Fil. München.

Es werden gezahlt:

- M. 75.— für die Dividendenscheine No. 1 der Serie V zu den Aktien No. 1—6000;  
" 150.— für die Dividendenscheine No 1 der Serie IV zu den Aktien No. 6001—9000;  
" 150.— für die Dividendenscheine No. 9 der Serie II zu den Aktien No. 9001—9500.

Rositz, S.-A., den 21. Dezember 1918. [15

## Rositzer Zucker-Raffinerie.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt“ und für den Inseratenteil: Röss Louis, Neukölln  
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Fildewstrasse 66

## Jahresabschluss

für den 30. September 1918.

Bestände.	M	Pf
Grundst.-Konto . . .	922 213	94
Gebäude-Konto . . .	2 757 813	23
Masch.-Konto . . .	963 248	73
Utensilien-Konto . . .	94 317	16
Dampfmasch.-Kt.	1	—
Werkzeug- und Reparaturen-Kt.	1	—
Fuhrwerks-Kt. . .	1	—
Patent-Konto . . .	1	—
Kautions-Konto . . .	88 566	27
Waren-Konto . . .	2 415 727	38
Konto - Korr.-Kt. . .	2 149 436	98
Bank-Konto . . .	1 144 121	24
Effekten-Konto . . .	1 191 851	50
Postscheck- und Kassa-Konto . . .	15 256	02
Konto für Beteil.	2 846 910	71
	14 589 467	16

Verpflichtungen	M.	Pf
Aktienkapital-Kt.	7 500 000	—
Hypotheken-Kt. . .	424 229	65
Reservefonds-Kt. . .	1 407 407	43
Talonst.-Res.-Kt. . .	39 000	—
Kriegsst.-Rücklage-Konto . . .	428 709	39
Sichers.-Hypotheken-Konto . . .	6 000	—
Dividenden-Kt. . .	2 270	—
Konto - Korr.-Kt. . .	2 062 389	97
Reingewinn . . .	2 719 460	72
	14 589 467	16

### Gewinn- u. Verlust-Rechnung.

Soll.	M.	Pf
An General-Untk. . .	1 510 258	09
" Abschreib. . .	453 534	68
" Reingewinn . . .	2 719 460	72
	4 683 253	49

Haben.	M.	Pf
Per Vortrag für 1. Okt. 1917 . . .	134 784	34
" Zinsen-Gew. . .	68 488	83
" Betr.-Ueberschuss u. Beteil.-Gew. . .	4 479 980	32
	4 683 253	49

Die auf 18% = M. 180.— festgesetzte Dividende wird gegen Einreichung des Dividendenscheines 1917/18 sofort bei der Commerz- und Disconto-Bank, der Nationalbank für Deutschland und Herrn A. Hirte in Berlin ausbezahlt. [11  
Berlin, den 23. Dezember 1918.

**Fabrik Isolirter Drähte zu elektrischen Zwecken**  
(vorm C. J. Vogel Telegraphen-draht-Fabrik) Aktiengesellschaft.

## Zeitungsartikel und -Nachrichten

in Auschnitten — liefert sofort nach Erscheinen prompt und billig das Literarische Bureau Clemens Freyer, Berlin SO 28

Wir machen unsere Leser auf den dieser Nummer beigelegten Prospekt des Verlags G. A. Gloeckner in Leipzig betreffend „Einführung in die Sozialpolitik“ von Dr. Leopold von Wiese aufmerksam.



## Einbanddecken

können zum Preise von M. 2.50 direkt von uns, sowie durch alle Buchhandlungen bezogen werden.

Ebenso  
**gebundene Halbjahrsbände**

halten wir zum Preise von M. 16.— für neu hinzutretende Abonnenten zur Verfügung.

**Plutus Verlag**  
**Berlin W. 62,**  
Kleiststr. 21.



**Wie mache ich mein Testament ohne Rechtsanwalt und ohne Notar? Das Erbrecht.**

Verfasser: **Hans Lustig**,  
kaufmännisch. Sachverständig.  
Preis nur Mk. 1.10.  
Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Sortiments-Abteilung des Plutus Verlag.